Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

62 (3.3.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 15.— M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 12.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 15.— Mk. monatl.

Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Anzeigen: die 8gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schrever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 87. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 62. — Freitag, den 3. März 1922 — Erstes Blatt.

Weltwirtschaftsvernunft.

Von Dr. Julius Curtius, M. d. R.

I.

Das neue Buch von Keynes „A Revision of the Treaty" (Revision des Friedensvertrages) ist bisher in der Tagespresse noch viel zu wenig besprochen worden. Seine Bedeutung für die Lösung der Reparationsfrage und die Revision des Friedensvertrages ist noch nicht Gemeingut aller politischen Kreise in Deutschland. Das mag zum Teil daran liegen, daß es mangels einer deutschen Ausgabe schwer zu beschaffen ist. Mehr spielt vielleicht eine gewisse Scheu mit, ein wertvolles Gut der Weltliteratur in Wechselgeld der Tagesmeinung umzumünzen. Wir Deutsche können uns aber nicht den Luxus erlauben, ein so hervorragendes Mittel in unserem Kampf um Wirtschaftsvernunft, Gerechtigkeit und Wahrheit nur wissenschaftlich oder künstlerisch zu benutzen und zu genießen. Wir müssen von diesen Waffen im politischen Kampf Gebrauch machen und sie alsbald in möglichst weiten Kreisen verteilen. Das Buch von Keynes ist für uns um so wertvoller, als es nicht etwa pro-deutsch — man wird vergebens darin nach einer Anerkennung unseres Standpunktes in der auch für die Reparationsfrage fundamentalen Schuldfrage suchen — vielleicht pro-französisch — der Verfasser feiert Frankreich als Führerin und Herrin Europas in friedlicher Uebung der geistigen und künstlerischen Fähigkeiten des Menschengeschlechts — aber jedenfalls pro-englisch ist — die Tendenz, England von seinen amerikanischen Schulden zu befreien, ist nicht zu verkennen.

Das Buch besitzt zwar nicht die Geschlossenheit des Aufbaus und die dramatische Wucht seines Vorläufers, seine Klarheit und Leichtigkeit der Beherrschung der schwierigsten weltwirtschaftlichen Probleme zwingen jedoch zur höchsten Bewunderung. Keynes behandelt das Reparationsproblem in drei verschiedenen Phasen: Vergangenheit — die Entwicklung bis zum Ultimatum vom 5. Mai 1921; Gegenwart — die Rechts- und Wirtschaftslage nach dem Londoner Zahlungsplan; Zukunft — die Lösung des Problems und die Befriedigung Europas.

I. Die Darstellung der Entwicklung des Reparationsproblems vom Friedensvertrag bis zum Londoner Ultimatum bringt auch für den, der geglaubt hat, die Dinge aufmerksam verfolgt zu haben, manche überraschenden Gesichtspunkte. Es ist wertvoll, mit Keynes die Dinge vom außerdeutschen Standpunkt aus zu betrachten.

Zwischen der Brüsseler Sachverständigen-Konferenz vom Dezember 1920, die zum ersten Male das Problem praktisch anpackte, und dem Pariser Diktat vom Januar 1921, das wieder rein politisch orientiert war, klafft ein Bruch in der Entwicklung, dessen Ursachen bisher nicht genügend aufgeklärt sind und für die auch Keynes nur Vermutungen bringt. Es hat den Anschein, als ob diese Wendung durch eine innerpolitische Bewegung in Frankreich herbeigeführt worden sei. Keynes sagt, das Pariser Diktat sei nicht ernst gemeint und nur ein anderer Zug in dem Spiel gewesen, um Briand eine Atempause zu gewähren. Sollte der latente Gegensatz zwischen Briand und der Mehrheit des nationalen Blocks den sozialistischen Ministerpräsidenten genötigt haben, nationalistischer und „politischer" aufzutreten als ein mit der Parlamentsmehrheit inniger verwachsener Ministerpräsident?

Aus den Londoner Verhandlungen des Ministers Simons im März 1921 war bisher nicht öffentlich bekannt, welches Vermittlungsangebot er am 6. März ausgeschlagen hat. Keynes teilt mit, daß Loucheur und Lord D'Abernon ihm anboten, eine feste Jahreszahlung von 3 Milliarden Goldmark und eine Exportabgabe von 30 Prozent für 30 Jahre zu vermitteln. Wir können uns nicht genug beglückwünschen, daß Minister Simons diesen Lockungen widerstanden hat, obwohl sie von angeblich wohlwollendster Seite kamen. Der freiwilligen Unterschrift unter solch unerfüllbaren Plan ist die erzwungene Annahme des noch drückenderen Ultimatums vorzuziehen.

Von unserem Angebot an Amerika, das er wegen seiner Klarheit und Geschicklichkeit lobt, meint Keynes gleichwohl, daß auch dieses die deutsche Leistungsfähigkeit überstiegen hätte.

Der Londoner Zahlungsplan ist nach Keynes Meinung eine rechtlich nicht zu beanstandende Ausführung des Friedensvertrages. Obwohl er seine Ausführung für unmöglich hält, billigt er aus diesem Grunde dennoch seine Annahme, denn: „wohl oder übel, Deutschland hatte den Friedensvertrag unterzeichnet". Auf der anderen Seite wird er allen Deutschen gerecht, die es ablehnten, Unerfüllbares zu unterschreiben und die es, wie er sich ausdrückt, für den Gipfel der Demütigung hielten, durch den Mund ihrer Vertreter bekennen zu lassen, was sie als unwahr erkannten.

Die Drohung mit der Besetzung des Ruhrreviers war nach dem Vertrage nicht zu rechtfertigen. Keynes widmet der Frage der Berechtigung der Alliierten zur Besetzung deutschen Bodens östlich des Rheins ein besonderes Kapitel. Er weist hierin schlagend nach, daß die Alliierten bei Vertragsbrüchen Deutschlands nur zwei Wege haben: Die Entscheidung der Reparationskommission gemäß § 18 Annex II des Reparationskapitels und die Entscheidung des Völkerbundes gemäß Artikel 17 des Friedensvertrages. Die Erstere kann nur wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen umfassen, denn nur von solchen ist im § 18 Annex II des Reparationskapitels die Rede. Die Fälle der Besetzung deutschen Landes sind im Friedensvertrag erschöpfend geregelt, und daraus, daß Artikel 430 nur für die Wiederbesetzung des linken Ufers Vorsorge trifft, folgt ohne weiteres, daß eine Besetzung des rechten Ufers überhaupt nicht im Vertrage vorgesehen ist. Jedenfalls aber — und das ist wichtig angesichts der entgegenstehenden Erklärungen Briands in der französischen Deputiertenkammer vom 25. Mai 1921 — ist die isolierte Aktion eines einzelnen Alliierten völlig unrechtmäßig. Ueber die Befugnisse der Reparationskommission hinaus kann nur der Völkerbund die Alliierten ermächtigen, Zwangsmittel gegen ein vertragsbrüchiges Deutschland anzuwenden. Die Alliierten sind verpflichtet, in solchem Fall den Völkerbund anzurufen; dieser muß nach Artikel 17 des Friedensvertrages Deutschland auffordern, für die Schlichtung des Streitfalles die Verpflichtungen als Mitglied des Völkerbundes anzunehmen, und unverzüglich den Tatbestand des Streitfalles feststellen.

II. Der Londoner Zahlungsplan wird in seiner finanziellen und wirtschaftlichen Bedeutung 1. nach seinem Zustandekommen, 2. nach seiner Wirkung auf Deutschland, 3. nach seinen Folgen für die Alliierten dargelegt.

1. Die Alliierten hatten der Reparationskommission Forderungen in Gesamthöhe von rund 225 Milliarden Goldmark angemeldet, von denen 95 Milliarden auf Pensionen, 130 Milliarden auf Schaden verrechnet waren. Die französische Forderung belief sich auf 33 + 57 Goldmilliarden. Keynes untersucht diese Forderungen im einzelnen. Während er die Sätze für Pensionen nur wenig bemängelt, stellt er fest, wie ungeheuerlich die Schadensersatzforderungen, besonders die Frankreichs und Belgiens, übertrieben waren. Die französischen Forderungen für den Ersatz zerstörter Häuser basierten beispielsweise auf einem Durchschnittswert des Hauses von 45 000 Goldmark, obwohl es sich hauptsächlich um Bauern- und Bergmannshäuser handelte. Der Forderung für Wiederherstellung des Ackerlandes von rund 10 Milliarden Goldmark stellt er die Mitteilung entgegen, daß die Fruchtbarkeit des Bodens durch die Aufwühlung der Oberfläche und die mehrjährige Ruhe gestiegen wäre. Er kommt zum Schluß, daß die französische Schadensersatzforderung etwa dreimal so hoch wie der wirkliche Schaden gewesen wäre.

Die Reparationskommission hat die Gesamtforderungen bekanntlich auf 132 Goldmilliarden herabgesetzt, und zwar nach Keynes Meinung, indem sie die 95 Milliarden für Pensionen auf 80, und die 130 Milliarden für Schaden auf 52 Milliarden herunterdrückte. Daß im Schoße der Reparationskommission vor der Festsetzung der endgültigen Zahl heftige Kämpfe stattgefunden haben und der englische Vertreter sich mit der größten Energie für 104 Milliarden eingesetzt hat, ist für deutsche Leser wohl neu, wenn diese Mitteilung auch auf einen Artikel Poincarés (Revue des Deux Mondes vom 15. Mai 1921), zurückgeht. Keynes selbst beziffert bei strikter Auslegung des Friedensvertrages die deutsche Schuld auf 110 Milliarden Goldmark, davon 74 für Pensionen, 30 für Schaden und 6 für belgische Kriegsschulden.

Daß die Forderung für Pensionen auch von Keynes für unvereinbar mit den feierlichen Versprechungen der Alliierten beim Abschluß des Waffenstillstandes gehalten wird, ist aus seinem ersten Buche bekannt. In seinem zweiten widmet er dieser Frage ein besonderes Kapitel. Dies wird vor allem durch die Schilderung bedeutungsvoll, die er von der schließlichen Aufnahme der Forderung in den Friedensvertrag entwirft. Er erzählt dort nach den Erinnerungen eines der amerikanischen Delegierten zur Friedenskonferenz, wie an dem entscheidenden Tage sich die amerikanischen Delegierten in der Bibliothek des Präsidenten Wilson versammelten und ihm auseinandersetzten, daß sich in der amerikanischen Delegation nicht ein einziger Rechtsgelehrter befände, der sich für die Aufnahme der Pensionsforderung ausgesprochen hätte, wie aber alle Logik vergebens gewesen wäre und schließlich der Präsident ausgerufen hätte: „Logik! Logik! Ich kümmere mich den Teufel um Logik. Ich geh' und werde die Pensionen aufnehmen."

2. Auf Grund eines reichen statistischen Materials wird in einem der wichtigsten Kapitel dargestellt, wie ungeheuer die Last des Londoner Zahlungsplanes Deutschland drückt. Das wird an den Exportzahlen, am Budget und am deutschen Nationaleinkommen gezeigt.

Der deutsche Export ist im Jahre 1921 gegen 1920 zurückgegangen. Keynes stellt die sinkende Tendenz auf Grund der tieferen Ursachen fest, eine Tendenz, die durch die statistischen Ausweise für Dezember 1921 und Januar 1922 nur vorübergehend abgeschwächt werden kann. Die Unmöglichkeit der Erfüllung aus dem Export, die Gefahren für den Welthandel bei einem zur Erfüllung ausreichenden deutschen Export sind zu bekannt, als daß man die dahingehenden Ausführungen Keynes zu wiederholen brauchte.

Die Zahlen, die für das deutsche Budget 1922 gegeben werden, sind inzwischen überholt. Interessant ist aber, daß Keynes meint, wenn es gelänge, das deutsche Budget für 1922 zu balancieren, wäre dies ein Zeichen größter Anstrengung und ein beträchtlicher Erfolg.

Das Verhältnis zwischen den Lasten für die Reichsverwaltung und die Reparation einerseits, dem deutschen Nationaleinkommen andererseits beruht auf einem sorgfältig gesichteten statistischen Material, das Keynes von allen Seiten zusammengetragen hat. Er berechnet, daß das Durchschnittseinkommen in Deutschland im August 1921 rund 5000 Mk. betragen habe, und daß hiervon bei einem Bedarf für die Reichsverwaltung von 60 Milliarden und für die Reparation von 70 Milliarden 2170 Mk. = 43 Proz. pro Kopf einer Bevölkerung von 60 Millionen aufgebracht werden müßten. Diese Feststellung führt ihn zu der Frage, ob die Geißeln und Skorpione irgendeiner Regierung in der bis dahin abgelaufenen Geschichte des Menschengeschlechts vermocht hätten, fast die Hälfte des Einkommens von einem Volke in solcher Lage wie der des

Amerikanische Kreditprojekte für Europa.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Das Internationale Finanzsyndikat in London hat vor wenigen Tagen einen Entwurf veröffentlicht, bei dessen Fertigstellung auch deutsche Vertreter gehört wurden und der bekanntlich eine von England, Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien zu gleichen Teilen aufzubringendes Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling vorsieht, wobei Deutschland auch als Staat, die anderen Länder nur durch ihre Privatwirtschaft vertreten sein sollen. Die ehemals neutralen Staaten, ferner die Union, Japan und die Tschecho-Slowakei werden noch aufgefordert werden, sich zu beteiligen. Vorbild dieses Europa-Bankentwurfs war ohne Zweifel das seit dem Herbst 1921 bekannte Projekt Vanderlipp, das seinerseits die Organisation der amerikanischen Bundesreservebank auf Europa übertrug. Nun gibt es aber noch einen zweiten Plan, der gleichfalls die Patenschaft des Vanderlippschen Projektes trägt und sich unmittelbar an die Bundesreservebank knüpft. Der amerikanische Senator Ofen, der schon im vergangenen Herbst eine umfassende amerikanische Kreditorganisation für Europa parlamentarisch vertreten hat, weilte vor kurzem in Wien und hat mit den Vertretern der dortigen Großbanken konferiert. Von Wien führte ihn seine Reise nach Bukarest. Auf der Rückreise nach Amerika dürfte er auch Berlin aufsuchen. Sein Projekt läuft auf eine dem Londoner Finanzsyndikat parallele, aber selbständige und rein amerikanische Kreditorganisation hinaus. Die amerikanische Bundesreservebank hat bei einem Goldvorrat von zirka 2100 Millionen Dollar einen Notenumlauf von nur zirka 1500 Millionen Dollar zu decken, so daß bei vollständiger, 100prozentiger Golddeckung heute noch immer ein Goldüberschuß von zirka 600 Millionen Dollar vorhanden ist, den der Entwurf Ofen für europäische Kredite verwenden will. 500 Millionen Dollars dieses Goldüberschusses sollen als Golddeckung einer allgemeinen europäischen Handelswährung dienen, der 2500 Millionen europäische, also zu einem Fünftel gedeckte, Dollarnoten für Kredite zur Verfügung ständen. Zentrale dieser Organisation wäre, gleich der Londoner Zentrale des europäischen Syndikats, Washington und gleich dem europäischen Finanzsyndikat würde diese amerikanische Europabank Zweiginstitute in allen Hauptstädten errichten, die den für Amerika unfruchtbaren Goldüberschuß in europäische Unternehmungen investieren sollten. Die Kreditgewährung geschieht dabei nirgends direkt an die Privatwirtschaften, sondern nur auf dem Umwege über die großen Bankinstitute der einzelnen Länder, die die einzelnen vorliegenden Kreditgesuche zu prüfen und von der Europabank die entsprechende Summe zu beanspruchen hätte. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Senator Ofen scheint sich über die europäischen Vorverhandlungen aber sehr günstig ausgesprochen zu haben und will bei seiner Rückkehr nach Amerika die sofortige parlamentarische Erledigung des Gesetzes verlangen, das notwendig ist, um den stattlichen Goldüberschuß für die Zwecke der Europabank abzuzweigen. Daß Amerika früher oder später seinen Goldüberschuß fruchtbarer anlegen muß, ist sicher. Es geht daher mit kühl geschäftlicher Sachlichkeit daran, über den Kopf des Londoner Finanzsyndikats hinweg seine Europabank zu gründen, die für den Wiederaufbau Europas von ungeheurem Wert sein wird.

Frankreichs Liebe zum Völkerbund.

Paris, 2. März. Die französische Vereinigung für den Völkerbund sagt in einer Veröffentlichung, die Konferenz von Genua könne nur den tatsächlichen und rechtlichen Zustand zum Ausgangspunkt nehmen, der durch die Friedensverträge mit Einschluß des Völkerbundsstatuts geschaffen sei. Sie könne in den zuständigen Organen des Völkerbunds die Mittel zur Verwirklichung ihrer Absichten finden. Die Vereinigung vertraut deshalb darauf, daß die Konferenz von Genua ihre Vorschläge dem Völkerbund überreichen und ihm deren Durchführung anvertrauen wird.

Seit der Entscheidung des Genfer Völkerbundes über Oberschlesien ist die Liebe der Franzosen zu dieser Organisation auffallend gewachsen. Frankreich hat sich alle Mühe gegeben, damit der Genfer Völkerbund Delegierte zur Konferenz von Genua schicken darf. Nun soll dieser Bund auch noch mit der Ausführung der Beschlüsse von Genua betraut werden. Ein Grund mehr für uns, der Konferenz von Genua mit größtem Mißtrauen entgegenzusehen.

Die Ueberwachung der deutschen Wehrmacht.

w. Paris, 2. März. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich gestern vormittag mit der Frage der Aufrechterhaltung der ständigen Kontrolle der deutschen Wehrmacht. Der englische Botschafter Lord Hardinge brachte ein neuerliches Schriftstück des Foreign Office zur Verlesung, in dem dieses an der Zurückweisung der von Frankreich vorgebrachten Gründe festhält. — Das „Echo de Paris" wirft die Frage auf, ob England sich mit der Einrichtung einer ständigen Kontrolle des deutschen Luftfahrwesens nur unter der Voraussetzung einverstanden erkläre, daß die drei im Ruhrgebiet besetzten Orte von den alliierten Truppen geräumt würden. Frankreich halte daran fest, diese Räumungsfrage mit der Einrichtung einer Luftfahrkontrolle nicht verbinden zu lassen. Das Blatt fragt ferner, ob England damit einverstanden sei, daß nach Auflösung der militärischen Entwaffnungskommission der Stand der deutschen Streitmacht unter der direkten Bewachung der Alliierten bleibe und nicht einer Beaufsichtigung durch die im Versailler Vertrage vorgesehenen, vom Völkerbund zu entsendenden Untersuchungskommission unterworfen werde.

Französischer Handelsneid.

Hamburg, 2. März. Die französische Hafenbehörde von Boulogne hat dem deutschen Dampfer „Cap Polonio" verboten, den Hafen anzulaufen, so daß der Dampfer gezwungen war, die Reise ohne Anlaufen Boulognes fortzusetzen.

Die Angst vor Rache.

Paris, 2. März. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Oberkommission in den Rheinlanden die Ausweisung des Notars Julius Budenbänder in Landstuhl (Pfalz) aus dem besetzten Gebiet angeordnet. Budenbänder wird als ehemaliger deutscher Offizier bezeichnet und soll in ständiger Beziehung mit alldeutschen Kreisen des unbesetzten Gebiets gestanden haben, denen er alle erreichbaren Auskünfte über die Besatzungsverhältnisse mitgeteilt habe. Das Kriegsgericht in Landau hat ihn zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Meldung besagt ferner, daß die Oberkommission die Ausweisung von vier ungenannten Personen deutscher Nationalität verfügt habe, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet haben sollen.

Berlin, 2. März. Der Kommandant der Düsseldorfer Besatzungstruppen hat wegen Beteiligung an verbotenen Organisationen etwa 30 Personen, darunter mehrere Schüler höherer Lehranstalten, unter gleichzeitiger Verurteilung zu einem Monat Gefängnis, ausgewiesen.

Lloyd George amtsmüde?

Berlin, 2. März. Die Gerüchte mehren sich, die behaupten, der englische Ministerpräsident Lloyd George habe mit so starken inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, daß mit einer Regierungskrise gerechnet werden müßte. Die Gerüchte werden natürlich von seinen Gegnern genährt. Am Mittwoch wurde aus London die Behauptung verbreitet, Lloyd George werde in der nächsten Parlamentssitzung die Vertrauensfrage stellen. Eine starke Stütze findet diese Behauptung in einer Meldung der in Köln erscheinenden englischen Zeitung „Cologne Post". In dieser Meldung wird bestätigt, daß Lloyd George an den Führer der Konservativen Austen Chamberlain einen Brief gerichtet habe, in dem er ihm auseinandersetzt, daß er nicht länger mit ihm zusammengehen könne, wenn Sir George Jounger als Wortführer der konservativen Partei auftreten dürfe. Er sei Willens, mit Chamberlain und Balfour zusammenzuarbeiten, solange sie Wortführer der Partei seien. Der Innenminister kündigte dem Führer des unionistischen Flügels der Koalition an, daß er zwischen zwei Alternativen wählen müßte, entweder sei die Koalition vollkommen loyal, oder er trete als erster Minister von der Koalition zurück.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

deutschen zu erpressen? Die Keynesschen Zahlen sind heute schon nicht mehr absolut gültig. Es fragt sich aber weiter, ob sie überhaupt relativ richtig sind und nicht schon für August 1921 die Situation zu günstig darstellten. Jedenfalls wird es nötig sein, auf diesem Argument Keynes gegen die Erfüllbarkeit des Londoner Zahlungsplanes weiter aufzubauen und die Zahlen für die Gegenwart zu ermitteln. Das Finanzgesetz für 1922 fordert insgesamt die Bewilligung von 288 Milliarden, d. h. bei 60 Millionen Einwohnern 4800 Mk. pro Kopf der Bevölkerung. Dem steht ein Durchschnittseinkommen gegenüber, das seit August 1921 nicht unbeträchtlich gewachsen sein mag, das aber gewiß nicht die Höhe von 10 000 Mk. erreicht. Wie begründet die furchtbare Frage Keynes ist, werden wir bald alle erfahren, wenn es nicht gelingt, die ungeheure Bürde abzuschütteln.

3. Die erste Schwierigkeit, die sich für die Alliierten aus dem Londoner Zahlungsplan ergab, war die Verteilung unter die einzelnen Gläubiger. Hier wiederholen sich die aus allen Koalitionsgeschichten bekannten Kämpfe um die Teilung der Beute. Nach dem Abkommen von Spaa soll auf Frankreich ein Anteil von 52, auf England von 22, Italien 10, Belgien 8, usw. Prozent entfallen. Die Zahlungen Deutschlands sollen zur Tilgung der Schulden in folgender Rangordnung dienen: Besatzungskosten, Lebensmittelvorschüsse, belgische Priorität von 2 Milliarden, Rückzahlung alliierter Vorschüsse an Belgien von 6 Milliarden. Die Vereinbarungen bewirken nach Keynes, daß im günstigsten Fall Frankreich in naher Zukunft nur geringfügige Summen erhält. Um diese Härte Frankreich gegenüber zu mildern, haben die alliierten Finanzminister den Plan vom 13. August 1921 entworfen, dessen Details noch nicht bekannt sind, und um den sich gegenwärtig ein lebhafter Kampf zwischen England und Frankreich dreht. Hier spielt das Wiesbadener Abkommen hinein, das von Keynes eine ganz neue Beleuchtung erfährt. Es würde zu weit führen, hierauf einzugehen. Man wird Näheres wohl in der nächsten Zeit aus Besprechungen der ausführlichen Schrift des Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert, „Rathenaus Reparationspolitik", die soeben erschienen ist, erfahren.

Deutscher Reichstag

178. Sitzung.

t. **Berlin**, 2. März. Am Regierungstisch: Bauer; Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation der Abgg. Thiel und Becker-Hessen (D.Vp.) betr. Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. — Ministerialdirektor Dr. Ritter teilt mit, daß die Regierung bereit sei, die Interpellation in der vorgeschriebenen Frist zu beantworten. Er gibt weiter bekannt, daß wegen Erhöhung der Bezüge bereits Verhandlungen mit den interessierten Kreisen stattfinden und daß der Gegenstand morgen im Reichstagsausschuß beraten werden wird. Die im Dezember bewilligten Teuerungszuschüsse sind für den März bereits verdoppelt worden.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltplans fortgesetzt und zwar beim

Haushalt des Reichsschatzministeriums.

Der Ausschuß fordert eine Denkschrift, aus der die gesamte Geschäftsgebarung der wenigen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen, an denen das Reich beteiligt ist, und der jeweilige Stand zu ersehen ist; weiter wird eine Denkschrift über die Vereinfachung der Reichsverwaltung und über die Zuweisung der Aufgaben des Reichsschatzministeriums an andere Ministerien gefordert, sowie eine Denkschrift über die Verwertung des Heeres- und Marinegutes seit Beendigung des Krieges.

Abg. **Stücklen** (Soz.) stellt fest, daß das Schatzministerium von Anfang an nur eine Uebergangsbehörde sein sollte; man kann es aber jetzt nicht auf einmal beseitigen, wie verschiedentlich gefordert wird. Man würde damit einen Stein aus dem Gebäude der Reichsverwaltung reißen. Der Redner fordert möglichste Sparsamkeit in der Reichsverwaltung. Das Beamtenheer sei deshalb so groß, weil man die Flüchtlinge aus den abgetrennten Gebieten unterbringen mußte. Die Hauptaufgabe des Schatzministeriums liegt heute in der Verwaltung der besetzten Gebiete. Die franz. Militärbehörden erlauben sich dort unerhörte Uebergriffe; aus der Rheinlandskommission sind eine große Anzahl von Kommissionen geworden, die alle auf Kosten Deutschlands unterhalten werden.

Abg. **Schultz-Bromberg** (D.N.) bestätigt, daß die Uebergriffe der Franzosen im besetzten Gebiet immer zahlreicher werden. Das sind die Folgen des Versailler Friedensvertrages. Durch diese Art wird die Reparationsleistungsfähigkeit Deutschlands immer mehr verringert. Die Linke sollte mit ihrer Luderwirtschaft (Unruhe links) unsere peinlich saubere Finanzwirtschaft nicht angreifen. Der Redner hält das Reichsschatzministerium für überflüssig; seine Aufgaben müßten auf die anderen Ministerien verteilt werden.

Abg. **Dr. Cremer** (D. Vp.): Man muß sich darüber klar werden, was wir mit unserer als notwendig erkannten allgemeinen Sparsamkeitspolitik im besonderen wollen. Es kann sich nicht darum handeln, daß durch die Streichung eines Ministeriums die Sparsamkeit in systematischer Weise betätigt wird, sondern es handelt sich um die Durchführung eines großzügigen Reformprogramms.

In einer interessanten Aufstellung wird mitgeteilt, daß das Schatzministerium 415 Köpfe, das Auswärtige Amt 1212, das Finanzministerium 863, das Justizministerium 130, das Wiederaufbauministerium 330, das Reichsernährungsministerium 313, die Heeresverwalung 60 und die Marineverwalung 430 Köpfe zählt; man sollte das im Etat vorgesehene Ministerium ohne Portefeuille mit einem Minister besetzen, der sich lediglich mit dem Problem der Vereinfachung der Verwaltung beschäftigt; ein großer Beamtenapparat wäre dazu nicht notwendig. Eine schwierige Frage ist, was aus den vielen Beamten werden soll, die durch die Verwaltungsreform in Wegfall kämen.

Abg. **Cremer** (D. Volksp.) fortfahrend: Unsere Volksgenossen im besetzten Gebiet haben jedes Gefühl der Staatssicherheit verloren. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung werden bei den Anforderungen der Besatzungstruppen völlig außer Acht gelassen. Ein großer Teil der Besatzungstruppen betrachtet Deutschland als einen Ort, in dem sie sich von den Strapazen des Weltkrieges erholen können. Was hätten wir mit der Summe, die die Besatzung gekostet hat, für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete leisten können! Die Beamten des Schatzministeriums müssen vielmehr den Schutz des Reiches genießen. Wir wünschen eine möglichst weitgehende Zentralisation der Beamtenverwaltung des Reiches. Die Fachleute müssen stärker herangezogen werden. Auf den Abbau der Kriegsgesellschaften muß die Regierung weiterhin ein wachsames Auge haben, damit nicht aus den Häuptern der Hydra neue Schlangen entstehen. Im Falle Windmüller hat sich eine unerhörte Korruption gezeigt. Gewiß muß das Reich sich ein gewisses Einspruchsrecht bei der Verwendung der Vermögenswerte des Reiches vorbehalten. Der gewerbliche Mittelstand wird gerade auf dem Gebiet der Bekleidungsindustrie durch die Gründungen des Reiches außerordentlich bedroht. Von der neuen Getreidehandelsgesellschaft müßte die Landwirtschaft wenigstens hinzugezogen werden. Ich glaube nicht, daß das Ausland bei der Vereinfachung der Verwaltung ein Hindernis sein wird. Im Gegenteil wird man darin den guten Willen sehen, um Wirth zu helfen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen.

Abg. **Lange-Hegermann** (Ztr.): Die Liquidation der Kriegsgesellschaften unter der Herrschaft des Reichsschatzministeriums ist eine hervorragende Leistung. Bei dem Verkauf ehemaliger Reichswerke hat das Reichsschatzministerium nicht vorsichtig operiert. Die Vermögensverwaltung muß beim Abbau des Reichsschatzministeriums dem Kommissariat für die besetzten Gebiete angegliedert werden.

Schatzminister **Bauer**: Das Schatzministerium ist immer bemüht gewesen, den Leiden und Wünschen der Bevölkerung der besetzten Gebiete Rechnung zu tragen. Die Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der Reichsvermögensverwaltung sind unbegründet. Wir haben das Interesse der gesamten Bevölkerung Deutschlands zu vertreten und können deshalb nicht alle Wünsche der besetzten Gebiete befriedigen. Wir können nur die Verantwortung für die tatsächlichen Besatzungskosten übernehmen. Was die Förderung der Bauten anbelangt, so liegt es nicht allein am Wollen, sondern auch am Können. Baustoffe sind am inländischen Markt schwer zu beschaffen. Es fehlt aber auch an gelernten Arbeitskräften. Durch Verhandlungen ist es gelungen zu erreichen, daß von den Besatzungsbehörden jetzt alle Wohnungen übernommen werden. Ueber die Gründung einer Aktiengesellschaft in der Bekleidungsindustrie haben immer nur Vorbesprechungen stattgefunden. Die gesamte Verwaltung der Bekleidungsämter geschieht im Interesse des Reiches und auch der dort beschäftigten Arbeiter. Gegen die Einbeziehung der Landwirte und Genossenschaften in die Getreidehandelsgesellschaft hat die Regierung nichts einzuwenden. Eine Auflösung des Schatzministeriums ist angesichts der Ueberlastung der übrigen Ministerien jetzt nicht möglich. Dem Standpunkt, man könne die Bauverwaltungen den Ländern überweisen, können wir nicht zustimmen. Die Gleichberechtigung der Technik wird von der Regierung anerkannt. Für unliebsame Verhältnisse, die die Kriegsgesellschaften hervorgerufen haben, kann nicht die parlamentarische Regierung verantwortlich gemacht werden. Wenn man die Geschäfte während des Krieges aufdecken würde, so würde das zum Himmel stinken. Unser Bestreben ist, die Schäden, die der Krieg gebracht hat, zu heilen. Ich freue mich, daß Dr. Cremer anerkannt hat, daß auch die Beamten des Schatzministeriums nicht der Schatten eines Vorwurfs der Korruption trifft. Auch für den Fall Morvilius hat Herr Dr. Cremer das anerkannt. Dem Schatzministerium hat Morvilius die besten Zeugnisse vorlegen können. Das Ergebnis der Pressehetze war, daß der Beamte seelisch völlig zusammengebrochen ist. Die jetzt abgeschlossene Nachprüfung hat ergeben, daß Morvilius seine Sachverständigenarbeit nicht durch Unehrlichkeit entwertet hat. Der Vorwurf, daß jetzt eine Luderwirtschaft besteht, braucht nicht widerlegt zu werden. Lehnen Sie den Antrag, das Schatzministerium aufzuheben, ab.

Abg. **Gothein** (Dem.): Sparsamkeit ist für das deutsche Volk unbedingt notwendig. Wir kommen mit weniger aber selbständiger arbeitenden Ministerien aus. Die ewige Gesetzesmacherei frißt uns schließlich auf. Die Besetzung des Rheinlandes muß aufhören. Die ganze Welt muß erfahren, wie hier das Geld vergeudet wird. Der Redner fordert eine Denkschrift über die Kosten der Behörden im besetzten Gebiet.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. — Nach heftigen persönlichen Auseinandersetzungen der Abgg. Schultz-Bromberg (D.Nt.) und Gothein (Dem.), die sich gegenseitig vorwerfen, daß sie durch Reden und Zwischenrufe das vaterländische Interesse geschädigt haben, wird die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr vertagt.

Tagesordnung: Kleine Anfragen, Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Rückgängigmachung der Auslieferung der Mörder Datos, Reichsmietengesetz. Schluß ½7 Uhr.

*

b. **Berlin**, 2. März. (Eig. Drahtber.) Die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Reichsschatzministeriums, die noch einmal die ungeheure moralische und finanzielle Belastung Deutschlands durch die Rheinlandbesetzung zum Ausdruck brachte, fand im Reichstag vor ziemlich leeren Bänken statt, da zahlreiche Abgeordnete mit den Vorbereitungen für die Freitagssitzung beschäftigt waren; denn am Freitag steht das Reichsmietgesetz in dritter Lesung zur Erledigung. Die Abstimmung wird namentlich sein. Da es sehr unsicher ist, ob dieses Gesetz im Reichstag eine Mehrheit finden wird, weil die Ansichten darüber in den Parteien sehr geteilt sind, so wird es für notwendig gehalten, daß die Parteien vollständig vertreten sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits ihre Mitglieder dringend aufgefordert, am Freitag bei der Abstimmung anwesend zu sein.

Eine neue Partei in Bayern?

(Von unserem Münchner Korrespondenten.)

Dr. K. **München**, 1. März.

In Bayern marschiert nun eine Christlich-föderalistische Volkspartei auf. Das ist der neue Titel der Bayrischen Königspartei, die den alten Namen nur als Beisatz, gewissermaßen als Erkennungszeichen weiterführt.

Es ist bei der Gelegenheit nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß diese Organisation bei ihrer Entstehung sich nicht als Partei betrachtet wissen wollte. Tatsächlich waren in ihr bisher auch Mitglieder verschiedener Parteien, die dieser Vereinigung lediglich wegen ihrer monarchistischen Bestrebungen angehörten. So zählte sie Angehörige der Mittelpartei, der Bayrischen Volkspartei auch zu ihren Mitgliedern. Dies beweist am besten, daß sie gar nicht als Partei von den eigenen Angehörigen aufgefaßt wurde. Nun aber will sie sich als eine ausgesprochene Partei formieren, Kandidaten zu den Wahlen aufstellen, sowohl für den Landtag als auch für den Reichstag.

Besonders interessant ist es, daß die Partei so stark ihren föderalistischen Charakter unterstreicht. Auch daß sie die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms in Aussicht stellt, dies alles läßt darauf schließen, daß sie stark darauf spekuliert, aus den Reihen der föderalistisch auftretenden Parteien Anhänger des monarchistischen Gedankens herauszuholen. In erster Linie ist es wohl auf die Bayrische Volkspartei, aber auch auf die Mittelpartei abgesehen.

Die Organisation hat bisher in Bayern gerade keine erfolgreiche und geschickte Politik getrieben. Sie verstand es nicht, ihr Ansehen zu steigern, eher das Gegenteil. Ja, man kann noch weitergehen und sagen, daß ihr Auftreten auch dem monarchistischen Gedanken gerade nicht vorteilhaft war. Graf Bothmer und Meyer-Kon dürften bei allem guten Willen, den sie hatten, nicht behaupten können, daß sie der Idee mit ihrem Auftreten vorteilhaft waren, der sie eigentlich dienen wollten.

An der Spitze stehen heute neue Männer. Mit dem Programm, „eine Einheitsfront aller deutscher Tat-Föderalisten zusammen mit gleich und ähnlich gerichteten Parteien im Reiche herzustellen, der Volksversöhnung zu dienen, alle Bestrebungen abzuwehren, die den Klassenhaß schüren und brutale Machtpolitik bedeuten", bringt sie nicht viel Neues auf den „Partei-Markt". Eine wirkliche Bedeutung im öffentlichen Leben hat die Partei bisher nicht zu erringen vermocht; ihre Umbenennung und föderalistische stark unterstrichene Tendenz, ihre parteipolitische Prägung, das alles soll wohl die bisher wenig glücklich verlaufene Aktion in besseres Fahrwasser bringen. Man betrachtet dies in politischen Kreisen mehr als letzten Versuch, die Königspartei in die Höhe zu bringen und sieht darin keine ernste Gefahr für die bestehenden Parteien.

*

Konferenz der deutschen Finanzminister.

t. **München**, 2. März. Wie die „Münchener Zeitung" meldet, hat der Reichsfinanzminister Dr. Hermes die Finanzminister der süddeutschen Staaten zu einer Konferenz nach Berlin gebeten. Der bayerische Finanzminister ist gestern nach Berlin gereist. Es handelt sich um eine Besprechung der Teuerung und der Beamtenbesoldung.

92 Milliarden Fehlbetrag.

Berlin, 2. März. Die endgültigen Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1921 liegen jetzt vor. Es ergibt sich ein Fehlbetrag von 92 100 Millionen Mark.

Neue Lohnforderungen der Berliner städtischen Arbeiter.

t. **Berlin**, 2. März. Die städtischen Arbeiter und Angestellten haben neue Lohnforderungen, rückwirkend vom 1. Januar, in Höhe von rund 1 Milliarde Mark gestellt.

Oberschlesien.

Berlin, 2. März. Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichstag folgenden Gesetzentwurf zur Beschlußfassung zugehen lassen:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Verordnungswege diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien in den auf Grund des Versailler Vertrages besetzten Teilen erforderlich sind, sobald ihre Verwaltung von den deutschen Behörden wieder übernommen ist.

Die Not der Presse.

Berlin, 2. März. Wie die Blätter melden, hat die Not im Zeitungsgewerbe die im 36. Jahrgang stehende „Quedlinburger Zeitung" gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen.

*

Otto Hörth.

Frankfurt a. M., 2. März. Am 1. März beging der Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Herr Otto Hörth, das fünfzigjährige Jubiläum

Theater und Musik

In „Kabale und Liebe" stellte sich als Luise Millerin die seinerzeit vom Eisenbahnerstreik zurückgehaltene Fräulein Charlotte Noack vom Stadttheater in Münster als etwaige Nachfolgerin von Fräulein Creutznach vor. Die Dame von schlanker Mittelgröße und von anmutiger Erscheinung brachte für das 16jährige Bürgermädchen sehr gute äußere Vorbedingungen mit; die zarte und zurückhaltende Art der Künstlerin paßte von Haus aus gut zur Rolle. Wenn verschiedene Zeichen nicht trügen, war dabei jedoch ein gut Teil hilfloser Anfängerschaft, wie es der Dame überhaupt nicht gelang, ein beherrschender oder nur ergreifender Mittelpunkt der Handlung zu werden oder eine eigene Persönlichkeit durchzudrücken. Sie gelangte über guten Durchschnitt kaum hinaus und gewann der echt jungschillerschen Zwiesprache mit der Lady Milford nicht den seltsamen starkgeistigen Eindruck ab, der die Szene sonst so eigenartig macht. Gute Sprechanlagen sind vorhanden und damit die Möglichkeit weiterer Ausbildung. Sofern die Intendanz, die ja auch wissen wird, wie weit bis jetzt der Rollenkreis der Debütantin geht, mit einer Anfängerin den Versuch machen will, mag man das immerhin empfehlen, die Basis scheint hierfür vorhanden. —o.

Klavierabend Weingarten. Als eine Künstlerpersönlichkeit mit markanten Zügen hat sich Paul Weingarten durch seine Ausdeutung eines Klavierkonzerts von Brahms im ersten Sinfoniekonzert des Landestheaterorchesters unserem Gedächtnis eingeprägt. Seinem Klavierabend am Mittwoch hatte der ausgezeichnete Pianist ein weitgespanntes, von Bach bis Debussy reichendes Programm unterlegt, ein Programm, das ebenso mannigfaltige wie gegensätzliche musikalische Empfindungswelten in sich schloß. Es bedurfte schon einer starken Bildnerkraft und eines hochentwickelten Stilgefühls — Eigenschaften, die Weingarten besitzt —, um den Hörer aus dem einen musikalischen Vorstellungskreis in den anderen hineinzuführen und ihn in ihm jeweils festzuhalten. Zu Werken so grundverschiedener Art, wie einerseits Bachs in Granit gehauenes Monumentaldenkmal des D-Dur-Präludiums und Fuge (in Busonis Bearbeitung) und andererseits Mozarts Rokokofigürchengruppe seiner C-Dur-Klaviersonate eine Verbindungsbrücke zu schlagen, wird auch dem genialsten Gestalter nicht gelingen. Daß Mozarts durch schulmäßigen Ge- und Mißbrauch zu Tode gehetzte Klaviersonaten keineswegs schon der Erstarrung verfallen sind, wie mancher behauptet, sondern in geradezu frühlingshafter Frische neu erstehen können, wenn ein Berufener sie zum Blühen bringt, hat Weingarten mit seinem lebensprühenden Vortrag der bereits zum Kinderstück degradierten C-Dur-Sonate bewiesen, aus der er ungeahnte Schönheiten enthüllte. Das Tempo des Schlußsatzes hätte ich mir etwas weniger beflügelt gewünscht, um die melodische Linie genießerischer aufnehmen zu können. Chopins 24 Préludes in allen Dur- und Moll-Tonarten zogen in der ihnen vom Interpreten gegebenen Form und Farbe als Stimmungsbildchen von lichtestem bis zu düsterstem Charakter an dem inneren Auge vorbei. Ein Scherzo von Mendelssohn gewann durch die kristallklare, scharfgeschliffene Technik, mit der es dargeboten wurde, unser Ohr; beim Anhören von Debussys „La Cathédrale engloutie" empfand man die eindringliche Bildhaftigkeit der Schilderung. Weingarten schloß sein offizielles Programm mit Liszts mehr geist- als musikalisch gehaltvollem Mephisto-Walzer, der ihm noch einmal Gelegenheit gab, sich im vollen Glanze seines Könnens zu zeigen. Der begeisterte Beifall des Publikums veranlaßte ihn, noch einige kleinere Stücke zuzugeben. t.

Uraufführung von Leo Sternbergs „Gaphna". Mit seiner „Gaphna", die am Stadttheater in Koblenz soeben die Uraufführung erlebte, hat sich der Lyriker und Novellist Leo Sternberg dem Drama großen Stils zugewandt, und hat die hochgespannten Erwartungen nicht enttäuscht, die das literarische Deutschland gerade auf ihn setzte, der die erlösende Entspannung des Gefühls wieder zum Schaffensprinzip erhob und eine Weltanschauung mitbrachte.

Weltuntergangsstimmung. Die Wetterzeichen der Sintflut drohen am Horizont. Die Tänzerin Gaphna, verzweifelt über ihr vertanztes Dasein, wird von der Dämonie erfaßt, die ganze Welt in den Tod zu tanzen. Sie weist den Jugendgeliebten Jared, der sie aus dem Schwarm ihrer Verderber retten will, von sich, damit „er nicht von der Berührung fault". Erst dem frommen Henoch, der durch die Liebe zu ihr zum Propheten geworden, gelingt es, sie dem Tanzzelt zu entreißen und heimzuführen. Aber noch ist er nicht der rechte Mann, das wilde Tänzerinnenblut zu bändigen. Sie entflieht ihm in die Arme Azaels, des durch sie gefallenen Engels. Doch auch hier ist ihres Bleibens nicht. Der Gottessohn, zur Strafe für seinen Abfall auf einen fernen Stern verbannt, will dem göttlichen Befehl zwar trotzen, um lieber im Staube zu gehen mit der, die ihm „den Rausch der Erde geschenkt". Aber Gaphna hat durch dieses Schicksal ihre Seele gefunden und stößt Azael blutenden Herzens von sich, um das Göttliche nicht, wie sie es bei Henoch versucht, von neuem in den Schlamm zu ziehen. Henoch hebt die Verspottete in tiefster Erniedrigung zum zweiten Male aus dem Straßengraben auf. Allein jetzt, wo sie die Heimat gefunden zu haben meint, wird er ihr auf geheimnisvolle Weise entrissen. Sie glaubt sich, an ihrer Schuld krankend, verraten, verstoßen und der Sintflut überliefert. Auf dem Weg, ihn zu suchen, wird sie von dem verschmähten Jared ermordet, noch sterbend die Phönixseele, die verwandelt von Vernichtung zu Vernichtung, nun zum dritten Male mit Henoch vereint wird, der hinweggenommen ist in das Paradies, um alle nachzuziehen auf seinen Weg. Ueber dem schuldigen Jared schlagen entführend die Wogen der Sintflut zusammen. Die selige Stimme seiner Erlösung ist der erste Laut, mit dem die Weltkatastrophe beginnt.

Weltanschaulich-religiöse Hintergründe ragen wie Berggipfel in die Handlung herein, die männliche Lebensbejahung durchpulst. Man braucht bei einem Dichter wie Sternberg nicht von dem biblischen Rhythmus seiner Sprache oder der Plastik seiner Phantasie und Gestaltung zu reden. Aber die Verspottungsszene im zweiten und die Sterbeszene im letzten Akt gehören zu den dichterischen Höhepunkten moderner Darstellungskraft. Die starkbewegte Handlung mit den Monumentalfiguren Henochs und der Gaphna riefen eine überwältigende Wirkung hervor. Hier sprach neuer Mythos in grandiosen Visionen. (Die Leser werden sich noch an manchen Beitrag erinnern, den Sternberg während seiner militärischen Verwendung beim stellv. 14. G.K. dem „Karlsruher Tagblatt" überlassen hat. Die Red.)

Reger-Fest. Bei dem Max-Reger-Fest vom 29. April bis 1. Mai in Breslau wirken als Solisten mit: Fritz und Adolf Busch, Emmi Leisner, das Wendling-Quartett, der Klarinettist Dreisbach, die Herren Berthold und Köhler aus Stuttgart und Wolfgang Reimann. Die Oberleitung liegt in den Händen von Professor Dr. Georg Dohrn in Breslau, der Regers Schaffen besonders nahe steht.

seiner Zugehörigkeit zum Redaktionsstabe der „Frankfurter Zeitung". Herr Hörth, der schon vor dieser Zeit Korrespondent des Blattes war, bearbeitete zuerst die süddeutschen Angelegenheiten und das Feuilleton, später die auswärtigen Angelegenheiten und war zuletzt in der Verwaltung des Blattes tätig. Der Jubilar, der geborener Badener ist, steht im 80. Lebensjahre und erfreut sich einer für sein Alter seltenen körperlichen und geistigen Frische.

Badischer Landtag

(18. Sitzung.)

t. **Karlsruhe**, 2. März. Präsident Wittemann eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Das Haus ist gut besetzt.

Zunächst werden wieder

Kurze Anfragen

erledigt.

Abg. Rausch (Soz.) frägt an, ob auch in Baden sich Mißstände bei der Vergebung von Maisbezugsscheinen ergeben haben. Regierungsrat Pfisterer antwortet, in Baden seien 23 Kommunalverbände vorgeprüft worden; bei 6 sei die Geschäftsführung beanstandet worden. Da nicht alle notwendigen Regierungsvertreter anwesend sind, muß die weitere Beantwortung kurzer Anfragen auf spätere Zeit verschoben werden.

Ruhegehaltsregelung der Körperschaftsbeamten.

Abg. Ziegelmeier-Oberkirch (Ztr.) berichtete im Namen des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung über den Antrag des demokratischen Abg. Schön betr. die Ruhegehaltsregelung der Körperschaftsbeamten; der Ausschuß beantragte Ablehnung des Antrags.

Abg. Schön (Dem.) begründete den Antrag. Dieser betrifft einen Gemeindebeamten, der 36 Jahre im Dienst einer Gemeinde gestanden hat, nicht Mitglied der Fürsorgekasse gewesen ist und nun ohne Ruhegehalt dasteht. Außer diesen führt der Redner noch mehrere andere, ähnliche Fälle an, die bei der Revision des Fürsorgegesetzes einschneidend in Frage kommen werden.

Abg. Dr. Zehnter (Ztr.) führte dem Antrag gegenüber die gesetzlichen Bestimmungen an. Es sei die Frage aufzuwerfen, ob diese Leute nicht etwa die Unterstützung der Kleinrentner bekommen könnten. Bei der Revision des Fürsorgegesetzes könne dann die Frage mitbehandelt werden.

Abg. Rausch (Soz.) verbreitete sich eingehend über das Versicherungswesen

Abg. Bock (Komm.) erklärte, daß Staat und Körperschaft die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, daß im Falle der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit der Arbeiter das Existenzminimum hat. Aus dieser grundsätzlichen Auffassung stimmen die Kommunisten für den Antrag Schön. Der Antrag des Ausschusses, den Antrag Schön abzulehnen, wurde mit Mehrheit angenommen; dagegen stimmten die Demokraten, einige Sozialdemokraten, die Unabhängigen und die Kommunisten.

Pachtschutzordnung.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) berichtet namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung über den Antrag Schön betreffend die Pachtschutzordnung des Reiches. Der Ausschuß beantragte, dem Antrag in der Fassung zuzustimmen, daß gegen die Entscheidung der Pachteinigungsämter das Rechtsmittel der Berufung zugelassen werden soll. Für diesen Ausschußantrag waren im Ausschusse alle bis auf einen Abgeordneten. Auch die Regierung sprach sich dafür aus.

Abg. Schön (Dem.) erinnert bei der Begründung des Antrages daran, daß der Antrag bereits vier Monate zurückliegt und durch die Ereignisse mittlerweile nahezu überholt worden ist.

Abg. Duffner (Ztr.) bedauerte, daß es so lange Zeit gedauert habe, bis wir eine Pachtschutzordnung bekommen haben. Das Zentrum stimme dem Antrag des Ausschusses zu. Für eine zentrale Berufsinstanz für das Reich kann sich der Redner nicht erwärmen, da diese Angelegenheiten meist lokaler Art am besten eben auch im Lande entschieden werden.

Abg. Gebhard (Ldbd.) behandelte die von der badischen Landwirtschaftskammer zu dieser Angelegenheit aufgestellten Richtlinien.

Abg. Rüger (Ztr.) äußerte sich über die Zusammensetzung der Berufungsinstanz am Sitze eines Landgerichtes folgendermaßen: Unter keinen Umständen sollte man größere oder kleinere Zentralinstanzen schaffen. Die Pachtschutzordnung selbst müsse unbedingt verlängert werden.

Abg. Mattes (D. Vp.) meinte, daß in den nächsten Jahren das Bedürfnis nach Pachtschutzämtern sogar noch wesentlich größer werden wird als es jetzt ist. Der Verband der badischen Grundbesitzer hat Richtlinien herausgegeben, nach denen für den Pachtzins der jeweilige Weizenpreis maßgebend sein soll.

Abg. Gaeßler (Komm.) stimmte der Schaffung einer Berufungsinstanz zu.

Hierauf wurde der Ausschußantrag einstimmig angenommen.

Landtag.

Das Haus trat dann in die Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1922 bis 23 ein. Zunächst wird der Voranschlag für Hauptabteilung I Landtag erledigt. Namens des Haushaltsausschusses berichtete über den Verlauf der Ausschußverhandlungen Abg. v. Au (Landb.), der die einzelnen Positionen bespricht. Der Ausschuß ersuchte die Abgeordneten, zur rascheren Herstellung der amtlichen stenographischen Landtagsberichte ihre Reden noch am gleichen Tage, unmittelbar nach ihrer Uebertragung, aus dem Stenogramm zu lesen und zu korrigieren. Der Voranschlag wurde ohne Aussprache in der Fassung des Haushaltausschusses einstimmig genehmigt; einstimmig angenommen wurde auch ein Antrag des Ausschusses auf Höhereinstufung verschiedener Landtagsbeamten.

Regelung des Staatshaushaltes.

Abg. **Marum** (Soz.) berichtete namens des Haushaltausschusses über den Entwurf eines Nachtrags zu dem Gesetz vom 4. August 1921 über Regelung des Staatshaushaltes für die Jahre 1920 und 1921. Es dreht sich um folgenden Zusatz: „Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 beträgt für die planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, deren Grundgehalt (Grundvergütung) den Betrag von 30 000 ℳ nicht erreicht, der Teuerungszuschlag zu dem Grundgehalt und dem Ortszuschlag, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 ℳ nicht übersteigen, 40 v. H., im übrigen 20 v. H.; der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen 20 v. H. Ergibt sich hiernach für einen Beamten mit einem Grundgehalt von 30 000 ℳ und darüber an Grundgehalt, Ortszuschlag und entsprechendem Teuerungszuschlag ein geringerer Gesamtbezug als für einen Beamten einer niedrigeren Dienstaltersstufe der gleichen Besoldungsgruppe, so wird ihm der Unterschiedsbetrag als Ausgleichszuschuß gewährt. Die Errechnung des weiteren Teuerungszuschlags für die außerplanmäßigen Beamten hat nach den Bestimmungen im 2. Absatz der Ziffer 7 zu erfolgen. Mit dem Vollzug dieses Gesetzes wird das Finanzministerium beauftragt." Vom 1. Januar 1922 bis zum 31. März beträgt der Mehraufwand 10 Millionen Mark und für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 jährlich 42 Millionen Mark. Das Geld wird dem Lande Baden vom Reiche vorschußweise zur Verfügung gestellt und dann auf Ueberweisungssteuern verrechnet.

Der Gesetzentwurf wurde in 1. und 2. Lesung einstimmig in der Regierungsfassung angenommen und die Gesuche des Badischen Beamtenbundes und des Badischen Lehrervereins für erledigt erklärt.

Dann wurde eine Reihe

Gesuche

erledigt. U. a. berichtete Abg. Frau Richter (D.N.) über das Gesuch des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wegen des Erlasses einer Verordnung für Baden über den Brot- und Backwarenverkauf nach Gewicht. Der Ausschuß beantragte empfehlende Ueberweisung des Gesuches an die Regierung in dem Sinne, daß sie für die Durchführung der ortspolizeilichen Vorschriften genau Sorge trägt. Elf sozialdemokratische Abgeordnete bringen einen Antrag auf empfehlende Ueberweisung ein, den Abg. Graf (Soz.) damit begründet, daß seiner Fraktion der Ausschußantrag nicht weit genug gehe.

Abg. Albietz (Ztr.) meinte, wenn das Brot nach Gewicht verkauft werden müsse dann müsse der Bäcker wieder einen höheren Preis verlangen. Abg. Bock (Komm.) war der Meinung, wenn das Brot noch teurer werde, so könnten leicht aus lokalen Erregungen große Demonstrationen werden. Der Redner erklärte, für den Antrag Graf stimmen zu wollen.

Abg. Paasche (D. Vp.) schloß sich im Namen seiner Parteifreunde dem Verlangen der Linken auf Verkauf des Brotes nach Gewicht an.

Abg. Frau Unger (U.S.P.) stimmte ebenfalls für den sozialdemokratischen Antrag.

Minister Remmele machte auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam und ermahnte die Bevölkerung, sich auf ihre Käuferrechte zu besinnen. Die Regierung werde die ortspolizeilichen Vorschriften genau überwachen lassen.

Abg. Dr. Herfurth (Ztr.) nahm den reellen Bäcker in Schutz und befürwortete die Annahme des Ausschußantrages.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) verwahrte sich dagegen, daß der Bäckerstand in seiner Allgemeinheit als ausbeuterisch usw. hingestellt worden sei. — Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. Albietz (Ztr.), Schrank (Landb.), Unger (U.S.P.), Großhaus (Soz.), Dr. Herfurth (Ztr.) und Frau Richter (D.N.) wird der sozialdemokratische Antrag auf empfehlende Ueberweisung abgelehnt und der Ausschußbericht einstimmig angenommen.

Das Gesuch des Verbandes der Buchbindermeister in Baden um Zuweisung von staatlichen und städtischen Aufträgen wird der Regierung empfehlend überwiesen; sie möge wohlwollend prüfen, ob es nicht möglich sei, die Verteilung der Aufträge so zu regeln, daß auch die kleinen Buchbindermeister berücksichtigt werden können.

Nächste Sitzung: Dienstag den 7. März, nachm. 3½ Uhr.

Kleine Vorlagen. Schluß 8 Uhr.

*

Die Eingänge in der Mittwochsitzung des Landtags weisen nicht weniger als elf Gesuche von Beamtenvertretungen um Höherstufung bezw. Auszahlung der 2000 Mk. Teuerungszulage auf. Ein Gesuch der bildenden Künstler Karlsruhe verlangt Zuwendung für Atelierbauten. Ein Gesuch des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine befaßt sich mit der Wahrung der baukünstlerischen und baugeschichtlichen Interessen bei Beseitigung der Hoheitszeichen der früheren Staatsform an den öffentlichen Gebäuden. Die Entwürfe des Finanzministeriums zu einem Nachtrag zu dem Gesetze über die Regelung des Staatshaushaltes und eines sechsten Nachtrages zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1920/21 wurden dem Haushaltsausschuß überwiesen, ebenso ein Antrag der Abgg. Straub und Gen. (Dem.) betreffs eines Staatsbeitrags für das Freiburger Stadttheater.

Berliner Anmaßung.

In der Landtagssitzung am Mittwoch erzählte der Zentrumsabgeordnete Seubert, der über Wünsche der badischen Eisenbahner zu berichten hatte, von der Ueberhebung Berliner Regierungsvertreter. Auf eine Anfrage der badischen Regierung über die Einstufung der badischen Eisenbahnbeamten erfolgte von der Reichsregierung lange Zeit überhaupt keine Antwort. Schließlich hat ein Referent der badischen Regierung Bescheid gegeben mit der überheblichen Bemerkung, daß seine Antwort genüge, weil sie soviel gelte, als wenn sie vom Reichsministerium selbst gegeben wäre. Diese Ueberheblichkeit des Referenten hat bei den badischen Beamten böses Blut gemacht. Bei den Beratungen im Haushaltausschuß kam kürzlich ebenfalls der Berliner Regierungsbetrieb zur Sprache, besonders die Art, wie bei Schaffung neuer Gesetze mit den Länderregierungen umgegangen wird. Die Regierungen der Länder werden nach dem, was Staatspräsident Hummel mitgeteilt hat, meist zu spät unterrichtet, so daß sie nicht mehr in der Lage sind, Einfluß auf die Gestaltung des Gesetzes zu gewinnen. Der Kundige weiß ja schon lange, daß man sich in Berlin allmächtig fühlt und glaubt, daß man über die Zuständigkeit und über die Rechte der Länder hinweggehen könne. Die Länder, besonders die süddeutschen Staaten, werden von Berlin aus einfach wie preußische Verwaltungsbezirke behandelt.

Aber wer ist Schuld an dieser Entwicklung? Nicht die Berliner allein, nein, zum größten Teil die süddeutschen Regierungen selber, die in der falschen Meinung, Widerspruch sei ein Verstoß gegen den neuen Kurs, still hielten, wenn Berlin über ihre Rechte hinwegging. Es war die falsch verstandene Einheit des Reiches, wie sie von gewissen Leuten in Weimar gepredigt wurde, und das Zentrum, das früher so sorgfältig über die Rechte der Bundesstaaten wachte, machte diesen gefährlichen Kurs mit. Auch das Zentrum hat geglaubt, es verstoße gegen den Geist der echten Demokratie, wenn es sich gegen Berliner Anmaßung wendet. Nun dämmert anscheinend gerade in dieser Partei die Einsicht, die schon früher hätte kommen müssen. Vieles wäre verhütet worden.

Es ist schwer, verfehlte Schritte zurückzumachen. Die Berliner Regierungsstellen haben sich zu sehr an ihre Machtfülle gewöhnt, und es bedarf schon eines festen Zusammenhaltens der süddeutschen Staaten, um die Berliner zur Vernunft zu bringen. Aber ein solches gemeinsames Vorgehen der süddeutschen Staaten wird von dort aus sofort als reaktionäre Machenschaften bezeichnet, und schon schlottern einigen Parteibonzen im Süden wieder die Knie aus Angst, als Reaktionäre verschrien zu werden. Wenn irgendwo aufrichtiger echter Demokratismus zu Hause ist, so ist es sicher hier im Süden und besonders im Südwesten. Wir brauchen uns wahrhaftig vor Berliner Vorwürfen nicht zu fürchten. Denn in Berlin fehlt heute noch das wichtigste und wesentliche am demokratischen Empfinden, die Demokratie des Herzens. Es muß einmal gesagt werden, daß süddeutsches demokratisches Empfinden stark geworden ist und sich erhalten hat nicht durch Berlin, sondern trotz Berlin und gegen Berlin. So ist doch die Sache. Und wenn heute die Berliner erklären, die Behauptung der süddeutschen Eigenart sei reaktionär, so ist das echtester, berüchtigter Berliner Schwindel, auf den wir hier im Süden nicht hereinfallen dürfen. e.

Verschiedene Drahtmeldungen

Vor dem französischen Kriegsgericht.

w. **Köln**, 2. März. Wie die „Kölnische Zeitung" aus Düsseldorf meldet, begann gestern die Verhandlung des französischen Kriegsgerichts der sechsten Rheinarmee gegen 29 der Geheimbündelei beschuldigte Einwohner Düsseldorfs. Alle bisher vernommenen Angeklagten erklärten nichts gegen die Besatzungstruppen geplant zu haben, da sie nur öffentlich aufgetreten wären, wenn nach Abzug der Besatzungstruppen im Inland Unruhen ausgebrochen wären. In der Nachmittagssitzung wurden von den 29 Angeklagten nur 21 vorgeführt, da, wie das Blatt erfährt, das kriegsgerichtliche Verfahren gegen 8 Personen eingestellt wurde. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Der rheinische Sonderbündlerführer vor Gericht.

w. **Köln**, 2. März. In der heutigen Verhandlung der Kölnischen Strafkammer gegen den Redakteur Josef Smeets lehnte dessen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wolf-Düsseldorf, wiederum alle Mitglieder des Richterkollegiums der 3. Strafkammer wegen Befangenheit ab. Ein Gerichtsbeschluß wies den Einspruch dagegen zurück. Smeets gab dann die Erklärung ab, daß ihm eine Beleidigung des Reichspräsidenten durch die Wiedergabe des Artikels des Redakteurs Bartels vollkommen ferngelegen habe. Eine Beleidigung des Reichspräsidenten habe er schon deshalb nicht begangen, weil dies im Widerspruch stehen würde zu seiner Politik, eine Lösung der Rheinlandsfragen auf friedlichem Wege herbeizuführen. Die Verhandlung wurde sodann abgebrochen und auf Freitag vertagt.

Schweizerischer Rheinschiffbau.

Basel, 2. März. Am Mittwoch hat der erste in der Schweiz im Auftrage der Schweizer Schleppschiffahrtsgenossenschaft auf der Schiffswerft in Augst hergestellte Rheindampfer „Stadt Zürich" seine erste Versuchsfahrt auf der Strecke zwischen Basel und Augst ausgeführt.

Selbstmord Grupens.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Hirschberg**, 2. März. Der im Kleppersdorfer Mordprozeß zweimal zum Tode verurteilte Architekt Peter Grupen hat heute nachmittag in seiner Zelle Selbstmord verübt. Als gegen 5 Uhr der diensttuende Beamte Grupens Zelle revidierte, fand er ihn an seinem Hosenträger erhängt.

Kölner Messe.

w. **Köln**, 2. März. Die Stadtverordneten bewilligten die Vorlage der Stadtverwaltung betreffend Errichtung von Ausstellungs- und Meßgebäuden zur Veranstaltung von Messen. Die Gesamtkosten werden 152 Millionen betragen.

Die Friedensverhandlungen 1917.

Die „Münchner Neuesten Nachrichten" hatten, wie wir bereits berichteten, über die Friedensverhandlungen im Jahre 1917 neues Material veröffentlicht, das sich besonders auf Verhandlungen Bethmanns mit den österreichischen Staatsmännern in den Westfragen (Frankreich, Belgien usw.) bezog.

Diese Veröffentlichungen haben durch weiteres Material über die Behandlung der Ostfragen ihre Fortsetzung erfahren.

Wir entnehmen daraus folgendes:

Reichskanzler von Bethmann Hollweg führte aus:

Während ich im Westen einen Gebietsausgleich, also ein partielles Geben und Nehmen will, kann im Osten, solange Deutschland nicht geschlagen ist, nur von dem Ausmaß des Nehmens, von einem „Was behalten wir", schlimmstenfalls von einer Rückkehr zum status quo ante bellum die Rede sein. Bezüglich Kongreßpolens hält der Kanzler an der Ansicht fest, daß die Errichtung eines polnischen Königreiches, d. h. die Hinausschiebung der Grenze gegen Rußland für die Zentralmächte günstige Vorteile in sich schließe. Daher wolle er von den polnischen Gebietsteilen für Deutschland nichts beanspruchen und sich auf vornehmlich militärischen Erwägungen Rechnung tragenden Landerwerb in Kurland und Litauen beschränken. Das Ausmaß dieser Neuerwerbung, Einbeziehung der Gouvernements Grodno und Wilna, würde sich selbstverständlich nach der militärischen Situation bei Friedensschluß richten. Sollten wir gezwungen sein, Kongreßpolen an Rußland zurückzugeben, so müssen für Deutschland bloß Grenzberichtigungen an der schlesischen und ostpreußischen Grenze in Betracht.

Graf Czernin sagte, daß sich die österreich-ungarische Monarchie gegenüber Deutschland in einer wesentlich schlechteren Lage befinde. Für die Monarchie müsse deshalb das erste und nächstliegende Ziel in der Errichtung einer territorialen Integrität bestehen. Er schlage deshalb vor, daß die bei Kriegsende im Besitz der einzelnen Mitglieder des Vierbundes befindlichen territorialen und wirtschaftlichen Vorteile in eine gewisse Uebereinstimmung gebracht werden. Es schwebe ihm dabei eine Aufteilung des Königreiches Rumänien in dem Sinne vor, daß die Monarchie die Wallachei und den zwischen den Karpathen und dem Sereth gelegenen Teil der Moldau, Bulgarien die im Jahre 1913 abgetretenen Teile der Dobrudscha erhielte, während aus dem restlichen Teil der Dobrudscha ein unter internationaler Kontrolle stehendes Staatswesen gebildet würde. Die westlich des Sereths gelegenen Gebiete der Moldau könnten Rußland angetragen werden, um dieses für einen baldigen Frieden geneigter zu stimmen.

Herr von Bethmann Hollweg und Herr von Stumm wiesen in ihrer Antwort auf die Ausführungen Czernins zunächst darauf hin, daß sie die Möglichkeit territorialen Landgewinnes vorerst nicht zu erhoffen dürfen glauben, und daß demnach die Erwerbung dieser Gebiete durch Oesterreich-Ungarn im Deutschen Reiche einen schlechten Eindruck machen würde. Nach ihrer Ansicht sollte sich Oesterreich-Ungarn mit der West-Wallachei begnügen, während die übrigen Teile dem Königreiche Rumänien zu verbleiben hätten. Was das Deutsche Reich betreffe, so strebe es in diesen Gebieten ausschließlich wirtschaftliche Vorteile an. Wie dem auch sei, so könne sich Herr v. Bethmann Hollweg heute zu dem von Czernin aufgestellten Aufteilungsmodus, welcher in Berlin einem gründlichen Studium unterzogen werden müßte, lediglich akademisch äußern.

Schließlich präzisierte Czernin seinen Standpunkt wie folgt:

1. Da es nicht feststeht, daß die zurzeit von den Feinden besetzten Landesteile an die Monarchie zurückerstattet werden, dürfe eine Herausgabe russischen oder Balkangebiets nicht stattfinden.

2. Die Neuerwerbungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sollen in territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht in ein gewisses billiges Verhältnis gebracht werden. Werde der Friede derart geschlossen, daß sich Deutschland mit dem status quo begnügen müßte, so würde sich auch die Monarchie mit der vollen Integrität zufrieden geben. Sollte jedoch Deutschland Landerwerb erlangen, so müßte die Monarchie auf der Zuteilung der Wallachei bestehen.

Herr von Bethmann Hollweg erklärte sich mit diesem prinzipiellen Standpunkt des Grafen Czernin einverstanden und sagte zu, in dem vorgeschlagenen Sinne vorgehen zu wollen.

Bücherschau.

Taschenbuch der Kriegsflotten, 20. Jahrg. 1922.

Nach dreijähriger Pause ist soeben im Verlag von J. F. Lehmann in München das von Korvettenkapitän Weyer herausgegebene Taschenbuch der Kriegsflotten erschienen. (20. Jahrgang.) Das nicht nur in Fachkreisen bekannte Werk ist weitaus das zuverlässigste — in Deutschland das einzige —, das genaue Angaben über sämtliche Kriegsschiffe der Welt bringt. Als solches wird es auch vom Ausland geschätzt, das ebenfalls über ein derartiges Buch in englischer und französischer Sprache verfügt. Wie die früheren Jahrgänge, so zeichnet sich auch dieser, der erste nach dem Krieg erschienene, durch ein umfangreiches Abbildungsmaterial aus. Dreihundertfünfzig Bilder, Schattenrisse, Panzerung und Bestückungsskizzen sind aufgenommen. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß das Buch die seit Kriegsbeginn gebauten fremden Schiffe trotz der hohen Kosten für ausländische Lichtbilder enthält. Die Schiffsangaben sind durch Ergänzungen auch während des Drucks auf den neuesten Stand gebracht worden.

Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß der vorliegende Jahrgang des Taschenbuchs eine genaue Uebersicht über den Verbleib der einzelnen Schiffe der deutschen Kriegsflotte enthält. Zahlreiche der Oeffentlichkeit noch nicht bekannte Angaben über unsere einstige Flotte werden gemacht, wobei die über U-Boote und Luftschiffe hervorgehoben seien. Leider findet man manches unserer früheren Schiffe, von denen Abbildungen noch nicht erschienen waren, heute in den Abschnitten über die fremden Marinen. Nur mit Wehmut wird man das Kapitel über unsere Kriegsflotte betrachten können.

Sehr wertvoll sind die ausführlichen Darlegungen über die Washingtoner Abrüstungskonferenz, deren Ergebnisse noch in diesem Band berücksichtigt werden konnten. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles hinsichtlich der deutschen Seemacht sind abgedruckt. Die große Zahl von statistischen Nachweisungen, von Tabellen, allgemeinen Betrachtungen über Kriegführung, Flottenabrüstung, über die Ursachen des Weltkriegs, deutsch-englische Seekriegführung und die marinepolitischen Folgen des Kriegs machen das Taschenbuch zu einem nicht nur für Fachleute und Politiker, sondern auch für jedermann nützlichen Nachschlagewerk.

Die Anschaffung des ausgezeichneten Buchs, das 80 ℳ kostet, kann warm empfohlen werden. H.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die „gefährliche“ Turnerei.

Deutschland ist, wie Lloyd George kürzlich im Unterhaus ausdrücklich festgestellt hat, restlos entwaffnet. Trotzdem will das Geschrei der französischen Zeitungen und Propagandaorgane, das Geschrei von der „drohenden Revanche“, von dem sich insgeheim zum Rachekrieg rüstenden Deutschland und von den diese geheimen Bestrebungen noch begünstigenden deutschen Regierungen nicht verstummen. Die kindischsten Vorwände werden, unbeschadet ihrer Nichtigkeit, bei den Haaren herbeigezogen, einige zufällig aufgefundene halbverrostete Geschützrohre ohne Verschluß und Lafette werden zu riesigen Waffenlagern umgestempelt, und ein Heer von Kommissionen und Kommissiönchen durchschnüffelt seit Jahr und Tag den letzten Winkel jeder deutschen Fabrik, um ja zu verhindern, daß irgendwo ein unschuldiges Jagdgewehr oder irgend ein Kinderteching zu irgendwelchen Angriffszwecken gegen das „waffenlose“ Frankreich hergestellt werden könnte. Selbst in harmlosen Turnvereinen steht der französische Verfolgungswahn schon die Caders künftiger Regimenter.

So bringt das in Mainz erscheinende „Echo du Rhin“, das Organ der französischen Besatzungsarmee, in seinen Nummern vom 2. und 4. Februar eine längere Zuschrift eines angeblich „deutschen“ Mitarbeiters über das „Turnwesen in Hessen“. Diesem um die Sicherheit seiner französischen Freunde so überaus besorgten Herrn sind zwei Verfügungen des hessischen Landesamtes für das Bildungswesen in die Hände gekommen, worin Lehrer und Schüler auf den großen hygienischen Wert des Turnens aufmerksam gemacht und dazu angehalten werden, zur Erhaltung der eigenen Jugendfrische und zum Besten der lernenden Jugend in die bestehenden Turnvereine einzutreten und dort „lehrend und lernend sich und andere zu fördern.“

Was macht nun der ehrenwerte deutsche Mitarbeiter des „Echo du Rhin“ aus diesen gewiß vernünftigen und lediglich sozialen Erwägungen entspringenden Verfügungen der hessischen Regierung? Er geht her und beschuldigt die harmlosen Turnvereine und die sicherlich noch harmlosere hessische Regierung der „Unterstützung militärischer Vorbereitungen.“ „Was ist ein Turnverein?“ schreibt er, „kein Sport- oder Spielverein, sondern ein Verein, der Speerwerfen, Kugelstoßen, Stabübungen und andere militärische Vorbereitungen betreibt.“

Man höre: Speerwerfen? Speere, gegen die sich das friedliche Frankreich nur mit Minenwerfern und 40-Zentimeter-Haubitzen wehren kann. Kugelstoßen! Das klingt schon verdächtig nach Gewehrkugeln, und vollends Stabübungen! Damit sind natürlich ganz gewaltige Kriegskeulen gemeint, deren alles zerschmetternder Wucht die „grande Nation“ nur einige 1000 Tanks und einige 100 000 uniformierter Nigger gegenüberstellen kann!

Lichttechnik.

Man schreibt uns:

Prometheus stahl den Göttern Feuer und Licht, und seit jenen unvordenklichen Zeiten mühen sich die Menschen, das Licht in immer besserer Weise zu erzeugen: von der Fackel und dem Kienspan bis zur elektrischen Gasfüllungslampe und elektrischen Glimmlampe ist ein weiter Weg, ein Weg voller Erfolge und Mißerfolge, ein Weg, der anfangs sehr langsam, dann — im Zeitalter der Technik — mit Eilschritten durchlaufen wurde und schließlich zu dem schönen Ziele führte, an dem wir heute angelangt sind.

Im Gegensatze zu dieser erfolgreichen Entwicklung in der Erzeugung des Lichtes ist die Technik in der Verwendung des Lichtes lange zurückgeblieben. Das klingt seltsam. Aber daß es vielen so seltsam klingt, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig die große Menge noch daran gewöhnt ist, sich überhaupt die Frage vorzulegen, wie man das Licht am besten verwende, welche Mängel das erzeugte Licht haben kann und oft hat, wie man diesen Mängeln entgegenarbeitet, wie man Lampen falsch und richtig aufhängen kann. Der Laie (der doch, insofern er das Licht verwendet, eben doch Fachmann ist) weiß im allgemeinen in der Tat so wenig von diesen Dingen, daß er sich die unzweckmäßigsten Lampen kauft und nicht selten gute Lampen in unzweckmäßiger Weise verwendet und dadurch seinem Auge und seinem Geldbeutel schadet. Der Installateur, der zwischen der erzeugenden und projektierenden Technik und dem verwendenden Publikum steht, weiß heute auch oft noch sehr wenig in der Lichttechnik Bescheid; und weiß er es, so kann er sehr oft sein besseres Wissen nicht recht verwerten, weil das Publikum kein Verständnis dafür hat. Schon die einfachsten Grundbegriffe der Lichttechnik sind unbekannt oder die Kenntnis darüber ist unsicher und verschwommen. Was Lichtstärke und Lichtstrom, was Flächenhelle (Leuchtvermögen) und Blendung, was zerstreutes (diffuses) und regelmäßiges Licht — diffuse und regelmäßige Reflexion sind und zu bedeuten haben, davon haben die wenigsten eine rechte Vorstellung.

Und doch ist das Licht die wichtigste Grundlage des Lebens und seine richtige Verwendung die wichtigste Grundlage für Kultur und Zivilisation! Und doch ist das Auge das zarteste Organ des menschlichen Körpers, dessen Mißbrauch sich bitter rächt.

Daß dieser auffällige Gegensatz besteht und so groß werden konnte, daran ist die Lichttechnik zum größten Teile selbst schuld. Jahrzehntelang immer nur an der Erzeugung des Lichtes und seiner Verbesserung arbeitend, versäumte sie, für eine gute Verwendung des Lichtes die rechten Mittel zu schaffen. Das ist ihr um so mehr zur Schuld anzurechnen, als mit der Verbesserung der Lichterzeugung die Vergrößerung gewisser Nachteile Hand in Hand ging, die dem Lichte anhaften, vor allem die für die Augen zu große Flächenhelle der Lichtquellen.

In der Erkenntnis ihrer Versäumnis traten im Jahre 1912 alle an der Lichttechnik beteiligten Techniken in Deutschland zur Gründung der Deutschen Beleuchtungstechnischen Gesellschaft zusammen und stellten sich die Aufgabe, in dieser Gesellschaft und durch sie das Versäumte nachzuholen, und zwar einerseits durch Förderung von Technik und Wissenschaft auf dem Gebiete des Lichtes, andrerseits durch Verbreitung lichttechnischer Kenntnisse in weiten Kreisen. Als Zweig dieses Vereins wurde vor einem Jahre in Karlsruhe die Lichttechnische Gesellschaft (L.T.G.) gegründet, die ihre Tätigkeit bald auch auf die Städte Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg und Pforzheim ausdehnte.

Bei Gelegenheit ihrer ersten Jahresversammlung veranstaltet die Lichttechnische Gesellschaft am 3. und 4. März (Freitag und Samstag) einen zweitägigen Einführungskurs in die Lichttechnik. Im Anschluß daran findet vom 3. bis 12. März eine kleine lichttechnische Ausstellung statt, in der Beispiele guter und schlechter Anwendung des Lichtes gezeigt werden sollen. Diese Gegenüberstellung von Beispielen, wie man's machen soll und wie man's nicht machen soll, dürfte besser als Worte über den Gegenstand belehren. Damit aber die Belehrung möglichst gründlich sei, finden erklärende Führungen statt, zu denen sich Mitglieder der L.T.G. und Studierende der Technischen Hochschule in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt haben. — Der Ort der Ausstellung ist der Beamtenhaus-Neubau im Fasanengarten (Eingang am Südost-Endel, in dem das Finanzministerium einige Wohnungen für den kulturell wichtigen Zweck freigehalten hat. Die Ausstellung ist täglich von 6 bis 9 Uhr geöffnet; über die Einführungskurse gibt das Lichttechnische Institut der Technischen Hochschule nähere Auskunft.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Donnerstag, den 2. März.

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 6 Uhr

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niedrigst Temp. d. letzten 24 St.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	7	15	6	SW	stürm.	Regen	1
Königstuhl Seehöhe 563 m							
760,6	3	15	3	SW	frisch	bedeckt	2
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
762,4	8	17	7	SW	frisch	bedeckt	3
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
763,2	7	17	8	W	mäßig	bedeckt	7
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	3	12	2	SW	schwach	Regen	5
Villingen Seehöhe 712 m							
765,3	3	14	3	W	mäßig	wolkig	4
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
651,9	0	9	−1	W	stark	Nebel	5

Allgemeine Witterungsübersicht.

Ein vom Kanal vordringender Tiefdruckausläufer hat gestern in unserem Gebiete Gewitter und Regenfälle gebracht, denen Abkühlung gefolgt ist. Heute breitet sich von Westeuropa ein Hochdruckrücken aus, der von vorübergehender Aufheiterung gefolgt sein wird. Doch bleibt das Wetter unbeständig, da über dem Atlantischen Ozean ein neuer Luftwirbel herannaht, der später wieder Trübung und Niederschläge bringen wird.

Wetteraussichten für Freitag, den 3. März: Zunächst Aufheiterung, meist trocken, ziemlich kühl, später wieder Trübung und Niederschläge.

*

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

2. März.		1. März
Schusterinsel	1.55 m	1.40 m
Kehl	2.69 m	2.41 m
Maxau	4.43 m	4.30 m
„	— m	4.31 m (mittags 12 Uhr)
„	— m	4.37 m (abends 6 Uhr)
Mannheim	3.31 m	3.15 m

Die **Grippe** (Influenza) schwächt den **Körper** und bedarf dieser dringend eines **Kräftigungsmittels.** **LECIFERRIN** ist ein **vielerprobtes Präparat** zur **Kräftigung** des angegriffenen Körpers.

Zu vermieten

Ca. 200 **Wohnungen** Tausch, hier u. auswärts, bei schnellster Erledigung durch K. W. Lump, Kaiserstraße 42.

Miet-Gesuche

Wohnung gesucht, 5–6 Zimmer, in freier Lage. Forstmeister **Sexauer,** Schloßbezirk 11.

Zimmer

2 unmöbl. Zimmer mit Nebenraum von ein. Lehrerin gesucht. Ang. u. Nr. 9434 ins Tagblattbüro erbeten.

Unmöbl. Zimmer v. jg. kinderl. Ehepaar gesucht. Ang. u. Nr. 9435 ins Tagblattbüro erbet.

Zwei leere Zimmer per sofort zu mieten gesucht. Angebote unt. Nr. 9448 ins Tagblattbüro

Geb. Ehepaar sucht **gemütliches Heim** bei alleinstehender Dame oder kinderl. Ehepaar. Angeb. u. Nr. 9446 ins Tagblattbüro erbeten.

Möbliertes Zimmer heizbar, ohne Wäsche u. Bed. v. sol. Frl. ges. Ang. u. Nr. 9443 i. Tagbl. erb.

Leeres Zimmer zu mieten gesucht. Angebote unter Nr. 9447 ins Tagblattbüro erbet.

Von ruhiger geb. Dame **gut möbliert. Zimmer** mit od. ohne Pens., Näh. Mühlb. Tor od. Landeskunstschule gesucht. Auf 15. März od. später. Ang. u. Nr. 9454 i. Tagblattb.

Student s. frdl. möbl. Zimmer m. el. Licht, mögl. Nähe Hochschule f. sof. od. 15. März. Angebote unt. Nr. 9455 i. Tagblattbüro

Kapitalien

Geld gibt an solv. Leute jed. Stand. Bequeme Ratenrückzahl. **Sept & Co., Nürnberg 2** Anfragen Rückporto.

Offene Stellen

Putz-Zuarbeiterinnen zum sofortigen Eintritt ges. **Luise Wander** Friedrichsplatz 4.

Damenschneiderin sucht Zuarbeiterinnen, welche gut nähen können. **L. Fitterer,** Rheinst. 25 v. Eingang Nuttstraße.

Gesucht Jahnstraße 13 Zimmermädchen, das serv., nicht bügelt.

Zuverlässige **Kinderpflegerin** zur Aushilfe für ca. 6 Wochen sofort gesucht, evt. nur tagsüber. Frau **G. Dennig,** Waldstraße 65 (Ludwigsplatz).

Wegen Heimberufung meines Mädchens suche zum 15. März **ordentliches Mädchen** f. Küche und Hausarbeit: Westendstraße 46, II.

Alleinmädchen zum 15. März od. 1. April gesucht. Näheres Helmholtzstraße 7 im 1. Stock.

Ordentliches Mädchen gesucht. Adlerstr. 33, III.

Tüchtiges, zuverlässiges **Mädchen** wird für Küche gesucht **Konditorei Hiller,** Kaiserstraße 87.

In klein. Haush. von 3 erw. Personen wird auf 15. März ein **Mädchen** gesucht Sofienstraße 66, 3. Stock.

Tücht. Alleinmädchen zu einzeln. Dame für sofort gesucht. **Grimm,** Jollystraße 5 III.

Amerikaner sucht **3–4 schön möblierte Zimmer** mit Küche gegen hohe Zahlung. Angebote unter Nr. 9445 ins Tagblattbüro.

Eine jüngere **Verkäuferin** für **Manufakturwaren** auf 1. April gesucht. Angebote unter Nr. 9440 ins Tagblattbüro erbeten.

Wir suchen zum baldigen Eintritt eine **tüchtig., gewandte Verkäuferin.** Schriftliche Offerten und Zeugnisabschriften an **Wilhelm Zeumer** Kaiserstraße 125/127.

Mädchen-Gesuch. Ein Alleinmädch., welch. bürgerl. kochen u. häusl. Arbeiten verrichten kann, wird auf 1. April gesucht. Näheres Kaiserstr. 161, Laden links od. Wohng. 3. Stock.

Besseres Mädchen oder **einfache Stütze,** evang., auf 1. April gesucht. Verlangt wird Pünktlichkeit in Zimmerarbeit, etwas nähen und Liebe zu Kindern. Vorzustellen von 3 bis 6 Uhr Kaiser-Allee 42.

Ein d. Schule entlass. **Mädchen** wird z. Mith. i. Haushalt tagsüb. ges. Zu erfrag. bei Architekt Meeß, Gartenstr. 33 I.

Männlich

Praktikant(in) für eine frei werdende **Lehrstelle** auf 1. April oder später gesucht. **Hilda-Apotheke** Karlstraße 66.

Größerer Schuljunge für Ausgänge gesucht **M. Weiß,** Blumenstr. 17.

Stellen-Gesuche

Herrschaftsköchin ältere, perf., sucht Stellg. sofort. Angebote unter Nr. 9453 ins Tagblattb.

Frau sucht **Beschäftigung im Waschen.** Zu erfrag. Schillerstr. 19, III.

Einfach, gut empfohl. Fräulein, 29 Jahre alt (Pfälzerin), im Haushalt tüchtig und zuverlässig, welch. bisher ein. frauenlos. Haushalt selbständig führte, sucht **Vertrauensposten,** am liebsten in frauenlosem Haushalt oder irgend selbständigen Wirkungskreis. Angebote unter Nr. 9450 ins Tagblattbüro erbeten.

Männlich

Lehrstelle f. Büro u. Lager von jg. Mann m. gt. Schrift u. gut Zeugnissen **gesucht.** Gefl. Ang. unt. Nr. 9442 ins Tagblattbüro erbet.

Empfehlungen

Näherin empfiehlt sich i. Anfertig. von Kleidern u. Mäntel sow. sonst. Arb. **M. Kussi,** Mühlbg., Lerchenstr. 2 pt.

Ihr Paßbild in wenigen Minuten nur im **Photograph. Atelier,** Herrenstr. 28

Verkäufe

Kassenschrank, Schreibmaschine zu verkaufen. **K. Hafner,** Amalienstraße 51.

Schreibmaschine billig abzug. A. Beiler, Waldstraße 66.

1 H.-Fahrrad wie neu f. gr. Fig. ist billig zu verk. Kreuzstraße 222, 2. Stock. **Forchheim**

1 schöner **Emailherd,** 1 schöne **Nähmaschine,** 1 schwarz. **Herd** zu verk. **Schützenstraße 55.**

Gummimantel für Chauffeure oder Kutscher, Anzug mittl. Gr., Bergstiefel u. Gamaschen zu verk.: Uhlandstr. 5, I.

Eleg. Gesellschaftskleid, schwarz, Eolienne-Seide, mit Spitzen, für mittlere Figur, preisw. zu verk.: Geranienstr. 26, I rechts.

Ein gut erhalt., starker, led. **Handkoffer** preisw. zu verkauf. Bei Architekt **Rud. Meeß** Gartenstr. 33 I

Pflanzenkübel, Fleischständer, Wurstbrenken, Metzgerkübel hat zu verkaufen: **Ferd. Fellhauer,** Küfermeister, Waldst. 54.

Zirka 10–15 Zentner **Pack- oder Streustroh** zu verkaufen. **Kaiserstraße 59.**

Hund zu verkaufen, Wolfsart, 1½ jährig. **Durlach,** Rittnertstr. 42. Fernsprecher 440.

Kaufgesuche

Geschäftshaus mit **Werkstätte** od. **Lager** bei hoh. Anzahlung zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 9439 ins Tagblattbüro erbeten.

Photograph.-Apparat bes. auch Stereo, z. kauf. gesucht. Ang. u. Nr. 9438 ins Tagblattbüro erbet.

Suche per sofort einen **gut erhaltenen Kasten-Klappwagen** zu kaufen. Angebote unter Nr. 9441 ins Tagblattbüro erbet.

Kinderwagen, Klappwagen, Eis. Kinderbett gesucht. Angebote unt. Nr. 9452 ins Tagblattbüro erbet.

Bezahle höchste Preise für gebrauchte **Herren- u. Damenfahrräder** Werner, Schützenstr. 53 Hof.

Briefmarkensammlung Europa und Uebersee, große und kleine, sowie bess. Einzelmarken suche zu kaufen. Angebote u. Nr. 9437 ins Tagblattbüro erbeten.

Ziegenstall mögl. zerlegbar zu kaufen ges. Angeb. mit Angabe der Größe unt. Nr. 9444 ins Tagblattbüro erbet.

Gebrauchte Möbel sowie ganze **Haushaltungen** kauft die **Altmöbelstelle Gemeinnützige Hausratsverwertung** Schloßplatz 13 Telefon 3204.

Felle: Steinmarder b. 2300 M, Baummard. b. 2600 M, Feldhasen b. 36 M, Stallhasen b. 10 M, Maulwürfe b. 12 M, Füchse, Iltis, Otter, Ziegenfelle. **Lupolianski & Co.** Zähringerstraße 28 II, nicht im Laden. Telephon 1446.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. **G. Meeß,** geb. Stürmer, Erbprinzenstr. 21, 2. St.

Gebisse Zahle per Zahn **35 Mk.** **J. Gelmann,** Zähringerstr. 36.

Verschiedenes

Wer nimmt 13 Monate alt. ges. hübsch. **Knaben** an Kindesstatt an. Angeb. unter Nr. 9449 ins Tagblattbüro erbet.

Rheumatiker finden Hilfe u. Linderung ihrer schreckl. Schmerzen dch. d. **Sanitas-Haustur Sanitas-Gichtlabtett.** 12 M, **Sanitas-Rheuma-Salbe** 15 M, **Sanitas-Rheumatee** 3 Pk. 18 M in der Kronen- u. Stadtapotheke Karlsruhe.

Durlach Anzeigen- und Abonnements-Bestellungen nehme man für Durlach an unseren Vertreter Firma **Carl Walz** Hauptstr. 56 Telephon 393 Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatt

Schöne Figur bei größter Bequemlichkeit wird erzielt mit **„Reca“** idealster Korsettersatz, ärztlich empfohlen. Für Umstandszwecke das Beste. **Aber bewahren Sie sich vor schlecht sitzenden Nachahmungen.** **Reformhaus Neubert,** Kaiserstr. 116. Sämtliche Korsettenreparaturen werden rasch und preiswert ausgeführt.

Israel. Gemeinde. Betsaal Herrenstraße 14. Freitag, den 3. März: Sabbatanfang 6.0 Uhr. Samstag, den 4. März: Morgengottesd. 9.00 U. Predigt 10.00 U. Stadtrabbiner Dr. Kurrein. Nachm.-Gottesd. 3.3 U. Sabbatausgang 6.45 U. Werktags: Morgengottesdienst 7.15 Uhr. Abendgottesdienst 6.00 U.

Israel. Religionsgesellschaft. Freitag, den 3. März: Sabbatanfang 6.00 Uhr. Samstag, den 4. März: Morgengottesd. 8.00 U. Schülergottesd. 2.45 U. Nachm.-Gottesd. 4.30 U. Sabbatausgang 7.00 U. Werktags: Morgengottesdienst 6.30 Uhr. Nachm.-Gottesd. 6.00 U.

Photographien Postkarten-Porträts Gruppen-Vergrößerungen **Rausch & Pester** Karlsruhe Erbprinzenstr. 3

Trauerbriefe jeder Art liefert rasch und in tadelloser Ausführung **C. F. Müllersche Hofbuchhandlung** m. b. H.

Kombiniert rationelles Heilverfahren: **Homöopathie Magnetismus Naturheilkunde** Bekannt für Spezialbehandlung alter, chronischer, langjähriger Leiden 15jährige Praxis. **Karl Teschke, Karlsruhe** Karl-Wilhelmstraße 36, 1 Treppe Haltestelle der Elektrischen: Parkstraße. Linie 4 und 6. Sprechstd.: nur Montag, Mittwoch, Donnerstag u. Samstag v. 9–1 u. 2–5 Uhr

Alte Silber- Gold- Platin- Gegenstände u. Brillanten kauft zu den allerhöchsten Preisen **Emil Feißkohl** Juwelier Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 67.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 28. Februar 1922, verschied in Elberfeld infolge eines Schlaganfalles im 80. Lebensjahr unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau **Stephanie Siebold** Wwe.
geb. Huber

Karlsruhe, St. Märgen, Elberfeld.

Alphons Siebold, Fabrikant
Joseph Siebold, Pfarrer
Klara Weber, geb. Siebold
Josephine Siebold, geb. Schondey
Adolf Weber, Dipl.-Ingenieur
und fünf Enkel.

Die Beerdigung findet in Elberfeld statt.

Badische Politik

Aus den Eisenbahnerorganisationen.

t. **Mannheim**, 2. März. Am vergangenen Sonntag hielt die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes ihre Generalversammlung ab. Hierbei gab Geschäftsführer Küchler bekannt, daß auf Grund der Vorkommnisse beim letzten Streik die Ortsverwaltungssitzung vom 15. Februar einstimmig den Beschluß gefaßt habe, ihre Mandate niederzulegen, die Geschäfte aber bis zur Generalversammlung weiterführen wollte. Er bezeichnete den Eisenbahnerstreik als ein Zeugnis gewerkschaftlicher Unreife. An der Aussprache beteiligte sich vom Hauptvorstand Bernhard-Berlin, der als Hauptziel der Reichsgewerkschaft die Zertrümmerung des Deutschen Eisenbahnerverbandes bezeichnete. Die Handlungsweise der Mannheimer Angestellten sei durchaus korrekt und vereinbar mit den Satzungen der Organisation. Hierauf wurde die Generalversammlung vertagt.

Aus dem badischen Zeitungswesen.

Baden-Baden, 2. März. Sein 25jähriges Verlagsjubiläum feierte gestern unser langjähriger Mitarbeiter Alexander Steinhauser im Verlage der Koelblinschen Hofbuchdruckerei in Baden-Baden, Redakteur des „Badener Tageblattes". Vor diesen 25 Jahren, deren Erfolg aus Glückwunschschreiben des Verlags und der Kollegenschaft hervorleuchtet, war Herr Steinhauser auch in Karlsruhe in der „Badischen Landeszeitung" und in der „Karlsruher Zeitung" tätig.

Staatsbeamte und Gemeindebeamte.

Man schreibt uns: Als Antwort der Regierung auf die von deutschnationaler Seite gestellte kurze Anfrage über die Besoldungsangelegenheiten der Gemeindebeamten wurde in den Landtagsberichten folgende Fassung verbreitet:

„Für die Gemeindebeamten sei in Besoldungsangelegenheiten die zuständige Behörde das Ministerium des Innern."

Diese Fassung entspricht weder der Anfrage noch der Antwort. Die Anfrage ging von einer Mißstimmung in badischen Staatsbeamtenkreisen aus, die dadurch entstanden ist, daß vielfach Gemeindebeamte, besonders solche der oberen Gehaltsgruppen, höher eingestuft würden als Staatsbeamte mit gleicher Vorbildung und Tätigkeit. Die Anfrage wünschte Aufschluß darüber, ob die Regierung schon vergleichende Erhebungen gemacht habe und das Ergebnis dem Landtag vorlegen könne. Die Antwort der Regierung lautete: „Das zuständige Ministerium des Innern hat die Gemeinden angewiesen, die Einstufungen zur Prüfung vorzulegen."

Aus Baden

Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses.

Das Plenum des Reichsrates hat die Vorlage nach den Beschlüssen der Reichsausschüsse angenommen. In Ortsklasse A versetzt wurden u. a. Durlach. Nach Klasse B sind u. a. gekommen: Ueberlingen, Müllheim, Friedrichsfeld.

*

t. **Mannheim**, 2. März. Um die letzten Trümmerreste des durch die Explosion vernichteten Oppauer Werkes der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu beseitigen, werden ab Freitag täglich zwischen 4 Uhr nachmittags und dem Eintritt der Dunkelheit Sprengungen vorgenommen. Da die letzten Reste von Ammoniaksulfatsalpeter abtransportiert sind, ist Gefahr für die Umgebung nicht vorhanden.

t. **Mannheim**, 2. März. (Drahtbericht.) Nachdem in der Gehaltsbewegung der Mannheimer Angestellten die Verhandlungen zwischen dem Verband der Mannheimer Arbeitgeberverbände und der Spitzenorganisationen der Angestellten sich zerschlagen hatten, haben die Angestelltenorganisationen den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen. Dieser tagte heute unter dem Vorsitz von Oberstaatsanwalt Bender und fällte folgenden Schiedsspruch: Mit Wirkung vom Februar 1922 wird den Angestellten eine Zulage von 17 Prozent gewährt (gefordert waren 30 Prozent), die Familienzulage wird erhöht von 50 M auf 200 M und die Kinderzulage um 25 M bis zum Höchstbetrag von 200 M. In der Begründung wird die Indexziffer als die einzige einigermaßen zuverlässige Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Teuerung bezeichnet, obwohl nicht bestritten werden könne, daß sie keinen mathematischen Gerechtigkeitswert besitze. Infolge dessen sei auch nicht die Indexziffererhöhung dem Spruche zugrundegelegt worden, sondern sei eine angemessene Erhöhung ausgesprochen worden. Es scheint, daß die Vertreter der Angestellten gegen den Schiedsspruch gestimmt haben, der mit vier gegen drei Stimmen gefällt wurde. In der Angestelltenschaft herrscht eine starke Strömung für die Ablehnung des Spruches. — In der gestrigen Lebensmittelkonferenz auf dem Rathaus wurde u. a. mitgeteilt, daß der Milchpreis von 5.60 auf 6.40 M erhöht werde und daß bei einer Durchschnittsentfernung von 220 Kilometer, aus der die Mannheimer Milch hergeführt werde, das Liter Milch mit 50 Pfg., also mit dem Dreifachen des Friedenspreises, bezahlt sei. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Zufuhr an Milch jetzt wieder zurückgehen werde, wenn die Kühe wieder mehr für Feldarbeit verwendet würden. Wegen der Käseausfuhr wurde mitgeteilt, daß Bayern die Ausfuhr immer noch verbiete. Die Pfalz erhalte aus dem Umkreis 9000 Zentner monatlich, wovon auf Ludwigshafen 2000 Zentner entfallen. Ein Großhändler habe gebeten, einen Teil davon nach Mannheim ausführen zu dürfen, die Erlaubnis wurde jedoch nicht erteilt.

a. **Weinheim**, 2. März. Die Bauernvereinigung Weinheim hat den Milchpreis ab heute von 5 auf 8 Mark erhöht. — Der Stuhlmacher und Milchhändler Peter Horst wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Nahrungsmittelfälschung zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

t. **Diesburg** b. Offenburg, 2. März. Infolge Familienstreitigkeiten hat sich der Ende der 30er Jahre stehende Werkmeister Karl Eble erschossen.

t. **Freiburg**, 2. März. Die Differenzen der städt. Verwaltung der Kleingärten mit den Pächtern dieser Gärten wegen Festsetzung der Pachtverträge haben eine Verschärfung erfahren. Das angerufene Pachteinigungsamt erkannte einen Pachtsatz von 55 M für einen zwei Ar großen Garten als hinreichend an. Die Kleingartenverwaltung behauptet nun, nicht in der Lage zu sein, für die 55 M auch noch die Kosten der Feldhut tragen zu können. Die Pächter sind aufgefordert worden, für die Gartenbewachung zur Verhinderung von Diebstählen 10 M nachzuzahlen, widrigenfalls die Gartenbewachung eingestellt wird.

t. **Waldkirch**, 2. März. Zwischen dem hiesigen Mieterverein und dem hiesigen Hausbesitzerverein haben Verhandlungen über Mietpreiserhöhungen stattgefunden. Das Ergebnis war, daß auf die Friedensmiete des Jahres 1914 für die Monate Januar bis März 1922 Zuschläge von 140—160 Prozent erhoben werden dürfen.

t. **Konstanz**, 2. März. In geistiger und körperlicher Frische begeht der einer altangesessenen Konstanzer Familie entstammende Elektrotechniker Julius Einhart seinen 70. Geburtstag; vor 20 Jahren zog er sich ins Privatleben zurück. Er war es, der als erster eine brauchbare elektrische Kraft- und Lichtübertragung in Deutschland zur Ausführung brachte. Mit seiner Erfindung war das ganze Problem für die Nutzbarmachung der Elektrizität gelöst und diese zu industriellen Zwecken im großen Maßstab verwertbar. Nicht nur auf dem Gebiete der Starkstromtechnik, sondern auch in der Schwachstromindustrie hat Herr Einhart Tüchtiges geleistet.

Das
Karlsruher Tagblatt
gegründet 1803
ist die älteste Morgenzeitung
in Baden
Telephonischer Nachtdienst ermöglicht es,
alle bis Mitternacht einlaufenden
wichtigen Nachrichten am
frühesten Morgen
zu bringen.

*

Aus dem Stadtkreise

Zur Milchpreisfrage.

Amtlich wird bekanntgegeben: Die neuerliche Teuerungswelle wird von einem Teil der Kuhhalter benutzt, um auch für die Milch höhere Preise zu erlangen. Wenn dies auch zu verstehen ist bei der jetzigen Entwicklung der Preise auf fast allen Gebieten, so muß doch dringend davor gewarnt werden, hier den Bogen zu überspannen. Wenn da und dort Preise verlangt werden, die vielleicht für eine Abmelkwirtschaft noch vertretbar sind, so muß dies doch als eine strafbare Preistreiberei für normale bäuerliche Verhältnisse bezeichnet werden, da hier die Kuh in der Regel nur ein notwendiger Teil des ganzen Betriebes ist.

Die Preisbildung ist bekanntlich nach der Milchverordnung vom Mai 1921 der freien Vereinbarung zwischen Erzeugern und Verbrauchern überlassen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat ein Schiedsgericht zu entscheiden, in dem beide Teil gleich stark vertreten sind. Einseitiges Preisdiktieren, wie es anscheinend mehrfach von Erzeugerseite versucht wird, verstößt gegen die gesetzlichen Bestimmungen und ist strafbar.

Geradezu unverantwortlich aber ist es, wenn versucht wird, Preiserhöhungen durch Androhung des Lieferstreiks zu erzwingen und wenn zu diesem Zwecke Versammlungen abgehalten werden, wie dies in Mittelbaden bedauerlicherweise zu beobachten ist. In diesem Verhalten liegt eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze, die nach Lage der Verhältnisse nach §§ 110, 111 R.St.G.B. strafbar ist. Es darf erwartet werden, daß in dieser Beziehung mehr Ruhe und Ueberlegung eintritt, und daß Preisverhandlungen nur auf dem geordneten Wege vor sich gehen. Andernfalls müßte rücksichtslos gegen die Verantwortlichen vorgegangen werden.

*

Unsere Bilder im Schaufenster: Schneeschaufler an Straßenbahnwagen in Stockholm. Ein neuer Sport. Trauerfeier für die beim Eisenbahnerstreik verunglückten technischen Nothelfer. Gedächtnisfeier-Ausstellung aus Alt- und Neu-Berlin für Josef Rauch und Ignatius Taschner. Ein geschichtlicher Augenblick. Shackletons Südpol-Expedition. Eisberge auf der Nordsee vor Wilhelmshaven. Die eigenartigste und höchste Ski-Sprungbahn der Welt. Zur Kino-Einsturzkatastrophe in Washington. Das Schemenlaufen in Imst im Oberinntal (Tirol). Ein Raupenmotorschlitten, den der russische Volksbeauftragte Trotzki bauen ließ und für Fahrten über Land benützt.

Ein trauriger Gedenktag. In diesen Tagen wird die Erinnerung an eines der folgenschwersten Ereignisse für Karlsruhe lebendig: den großen Theaterbrand im Jahre 1847. Am 28. Februar des genannten Jahres, also vor 75 Jahren, entstand gelegentlich der Aufführung der Zauberposse „Der artesische Brunnen" in der Markgräflichen Loge ein Brand dadurch, daß eine Gasflamme eine Draperie erfaßte. Nach der Darstellung von Studienrat Goldschmit in der „Geschichte der Stadt Karlsruhe" suchte sich das Feuer die Opfer hauptsächlich auf der obersten Galerie. Durch den Umstand, daß eine Reihe von Türen wegen der Kontrolle verschlossen war und Holztreppen nach oben führten, mußten viele einen qualvollen Verbrennungs- oder Erstickungstod erleiden. Das schreckliche Unglück forderte 61 Opfer. Die Zahl wäre wohl noch größer gewesen, wenn nicht geistesgegenwärtige Personen ihre Tatkraft eingesetzt hätten. Unter diesen tat sich besonders Herr Reutlinger hervor, dem im „Karlsruher Tagblatt" vom Sonntag, 7. März 1847, von den durch ihn Geretteten der Dank für seine mutige Tat der Lebensrettung ausgesprochen wird. Herr Reutlinger, inzwischen verstorben und der jüngeren Generation noch als eine ehrwürdige Gestalt mit weißem Bart in der Erinnerung, schlug damals eine Tür ein und bewahrte so 36 Personen vor einem gräßlichen Tod. Der Hoboist Günther erwähnt dabei, daß Herr Reutlinger ihm zweimal das Leben gerettet hat, da er wohl durch die rettende Tür gekommen, aber bewußtlos auf der brennenden Treppe zusammengesunken sei. Er wurde dann von Herrn Reutlinger auf den Schultern aus dem Theater gebracht. Auch damals setzte eine großzügige Hilfsaktion für die Hinterbliebenen ein, an der das großherzogliche Haus den tätigsten Anteil nahm.

Die hauptsächlichen Kohlenpreiserhöhungen sind je Tonne ohne Steuern: Ruhrrevier 106 Mk. (Fettförderkohle), Sachsen 158.80 Mk. (durchschnittlich), Niederschlesien 140.60 Mk. (durchschnittlich), Rheinische Braunkohle: Briketts 71.13 Mk., Rohkohle 19.21 Mk., Mitteldeutschland und Ostelbien: Briketts 87 Mk., Rohkohle 22.50 Mk.

Paßvergünstigungen für Besucher der Frankfurter Messe. Die Auslandsvertreter des Meßamts Frankfurt stellen auf Antrag Ausweiskarten für ausländische Meßbesucher aus. Mit diesen Ausweisen erhält man den Einreisevermerk für Deutschland zum Besuch der Frankfurter Internationalen Messe vom 2. bis 8. April und wird in bevorzugter Weise abgefertigt, ohne persönlich erscheinen zu müssen. Sammelsichtvermerke kosten 50 Proz. weniger als normal, doch ist gemeinsame Ein- und Ausreise von wenigstens zwei Personen Bedingung. Auf Antrag bei der Frankfurter Polizeibehörde kann der eine oder andere Reisende von der Sammelliste gestrichen und der Rückreisevermerk in den persönlichen Reisepaß aufgenommen werden. Hierfür ist auch von Ausländern nur die Inlandsgebühr zu entrichten. Weitere Auskünfte erteilen das Meßamt Frankfurt und seine Vertreter im Auslande.

Hausrat in England. Anträge auf Freigabe in England beschlagnahmten Hausrats sind vertragsgemäß bis zum 7. April ds. Js. dem Public Trustee durch die deutsche Geschäftsstelle in London zu übermitteln. Es besteht keine Aussicht, daß dieser Termin verlängert wird. Da die Bearbeitung der Anträge bei der Britischen Darlehnskasse in Berlin und der Londoner Geschäftsstelle auch einige Zeit in Anspruch nimmt, ehe die Einreichung bei der englischen Behörde geschehen kann, ist es unbedingt notwendig, daß solche Anträge spätestens bis zum 10. März d. J. eingereicht werden. Wer seinen Antrag erst später stellt, läuft Gefahr, daß dieser nicht mehr rechtzeitig behandelt wird. Dadurch würde der Antragsberechtigte nicht nur seine Ansprüche auf Freigabe, sondern auch unter Umständen auf eine Entschädigung durch das Deutsche Reich verlieren.

Textilspende. Zur Linderung der in Deutschland herrschenden Wäschenot ist von den amerikanischen Kreisen, die sich am deutschen Hilfswerk beteiligten, eine größere Summe Geldes aufgebracht worden, das durch die amerikanischen Quäker unter Mitwirkung des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe E.V. (Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 2) zur Verteilung gelangte. Für diese Summe sind 134 000 Paar Hemdhosen und 134 000 Paar Strümpfe eingekauft worden, von denen der Stadt Karlsruhe 3400 Paar Hemdhosen und 3400 Paar Strümpfe zugeteilt werden konnten.

Beim Postscheckamt Karlsruhe waren Ende Februar 37 494 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postscheckkonten sind in diesem Monat gebucht worden: 3 046 175 000 M Gutschriften, darunter 317 395 Einzahlungen mit Zahlkarte über 734 179 000 M und 383 295 Uebertragungen über 2 311 965 000 M. Die Lastschriften betrugen 3 005 941 000 M, darunter befanden sich 6735 Kassenschecks über 56 061 000 M, 1360 im Reichsbankgiro- und Abrechnungswege beglichene Auszahlungen über 66 398 000 M, 156 765 Zahlungsanweisungen über 245 564 000 M und 429 337 Uebertragungen über 2 637 913 000 M. Der Gesamtumsatz im Monat Februar betrug hiernach 6 052 116 000 M, davon wurden bargeldlos abgewickelt 5 016 276 000 M oder 82,88 v. H. Das Gesamtguthaben der Kontoinhaber des Postscheckamts machte am Monatsschluß 490 Millionen aus.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft badischer Blinder hielt dieser Tage ihre 4. ordentliche Generalversammlung ab, die sich zu einer Ehrung für den ausscheidenden bisherigen Leiter, Herrn Artur Loeb, gestaltete. Loeb hatte es vor 3¼ Jahren ehrenamtlich unternommen, der in ihren Anfängen schwer ringenden Genossenschaft Führer und Förderer zu sein. Was er in selbstloser Arbeit schuf, kam in der äußerst günstigen Bilanz für 1921 auch zahlenmäßig zum Ausdruck. Bei einem Umsatz von über 3 Millionen wurde nach reichlichen Abschreibungen ein Reingewinn von über 300 000 Mk. erzielt, der teils den blinden Handwerkern in bar, teils dem Werkstättefond zufloß. Dieser Fond erhielt auf einstimmigen Beschluß zum Andenken an die segensreiche Tätigkeit des Herrn Loeb den Namen „Artur-Loeb-Fond". Ebenso einmütig wurde beschlossen, Herrn Loeb zum Ehrenvorstand zu ernennen, eine Ehrung, die im Genossenschaftswesen nicht häufig sein dürfte. Die aus der Mitte der Versammlung kommenden warmen Worte der Dankbarkeit bedeuteten für Herrn Loeb die größte Ehrung. Besonderen Eindruck machte das Schreiben des Ministerialdirektors Dr. Ritter (jetzt in Berlin), der als Mitbegründer der Genossenschaft Herrn Loeb seinen Dank aussprach. Auch die Regierungsstellen, vertreten durch den Direktor des Hauptversorgungsamtes Frhrn. v. Gemmingen und Frau Oberreg.-Rat Dr. Baum vom Arbeitsministerium bekundeten ihr Interesse an der Genossenschaft. An Stelle des Herrn Loeb und des ebenfalls ausscheidenden 2. Vorstandes Herrn Löhle, der als Mitbegründer der Genossenschaft stets tatkräftig für deren Entwicklung eintrat, wurden die Herren Erich Lindenau und Emil Schwarz zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern gewählt. Neu in den Aufsichtsrat wurde Bankdirektor Nicolai gewählt. Der Vorsitzende H. Singer gab der Genossenschaft herzliche Segenswünsche auf den Weg. Möge auch die Allgemeinheit durch reichlichen Bezug der in der Werkstätte der Genossenschaft (Schloßbezirk 10) oder von den im Land zerstreuten blinden Heimarbeitern hergestellten Bürsten, Besen und Korbwaren aller Art das Unternehmen weiterhin fördern.

Theatergemeinde des B.V.B. Am 6., 7. und 8. März, jeweils 6 Uhr nachmittags und 8½ Uhr abends, werden die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus ein ausgesuchtes Unterhaltungsprogramm bringen: „Jorinde und Joringel", ein Schattenspiel nach dem Grimmschen Märchen, hergestellt vom Institut für Kulturforschung; darauf der „Bräutigam auf Kredit", ein Biedermeier-Lustspiel nach Gottfried Keller, Leute von Seldwyla. Hierzu haben die Badischen Lichtspiele uns eine beschränkte Anzahl von Karten zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt, die für unsere Mitglieder auf Ergänzungsabschnitt B unserer Karte bei der Musikalienhandlung Müller ab Samstag vormittag erhältlich sind. (Siehe die Anzeige.)

Chronik der Vereine.

Werkmeisterbezirksverein. Im Saale der Alten Brauerei Kammerer fand am Mittwoch abend eine gut besuchte Monatsversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Spachholz der Mitglieder Holzel, Hug und Watter, die auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken dürfen und überreichte ihnen ein Diplom. Es wurde u. a. betont, es sei eine Ungerechtigkeit, daß Angestellte, die die Gehaltsgrenze von 40 000 M bei der Ortskrankenkasse überschritten hätten, in sehr vielen Fällen gezwungen wären, den heute geltenden hohen Beitrag allein zu bezahlen, während der Arbeiter, auch wenn sein Verdienst 40 000 M überschreite, zwangsversichert bleibe. Es wurde bemängelt, daß es bei der Ortskrankenkasse nicht gestattet sei, ähnlich wie bei der Angestelltenversicherung, daß der freiwillig Versicherte sich seine Versicherungsklasse wählen kann, sondern daß er in der Klasse bleiben muß, in der er zwangsversichert war. Der Leiter der Geschäftsstelle, Herr Sinnwell, wurde beauftragt, nochmals mit dem Vorstand der Ortskrankenkasse in Verbindung zu treten. Ueber eine Versammlung des Heimstätteausschusses berichtete Herr A. Kling; als weitere Vertreter wurden die Herren Sinnwell und Heck gewählt. An die Versammlung schloß sich die Generalversammlung der Krankenzuschußkasse. U. a. wurden einige Satzungsänderungen beschlossen. Am Sonntag fand eine Bezirkskonferenz des 2. Bezirks des Deutschen Werkmeisterverbandes unter dem Vorsitz des Bezirksvertreters Ackermann aus Stuttgart statt. An dieser nahmen die Abgeordneten oder deren Stellvertreter sowie Gruppenvorstände von Heilbronn, Geißlingen, Lörrach und Karlsruhe, welche die Gruppen 5, 6, 7 und 8 auf den an Ostern 1922 in Erfurt stattfindenden Abgeordnetentag vertreten, teil. Es wurden die wichtigsten von den 385 aufgestellten Anträgen zu der Wahl-, Unterstützungs- und Vereinsgeschäftsordnungen sowie die Anträge zur Brand- und Sterbekasse einer kurzen Aussprache unterzogen. —n—

Veranstaltungen.

Marna Glaan, deren eigenartige Tanzkunst größte Beachtung verdient, gibt heute Freitag im Eintrachtsaale, abends 7½ Uhr, ihren ersten eigenen Tanzabend in Karlsruhe. Die jugendliche Künstlerin wird von einer hervorragenden Pianistin, Fräulein Margarete Benser, am Flügel begleitet. Karten bei Kurt Neufeldt und an der Abendkasse.

Die Ringkämpfe im Zirkus Busch. Am 10. Tag des Wettstreits traten die beiden gleichwertigen Gemmel, Nürnberg, und Juchem, Belgien, zum Kampfe an. Bei einem Untergriffversuch kam Juchem nach einer Gesamtringzeit von 37 Minuten 59 Sekunden auf beide Schultern. Bei dem zweiten Entscheidungskampf hatte der Weltmeister Paradanoff, Rußland, den geschickten Kunst, Elberfeld, zum Gegner. Letzterer unterlag nach einer Gesamtringzeit von 31 Minuten 59 Sekunden. Im letzten Treffen kam es nach einem hochinteressanten Ringen, wobei sich besonders der jugendliche Roland hervortat und sogar seinen Gegner Bambula, Amerika, in recht gefährliche Lagen brachte, zu einem bedauerlichen Unglücksfall: in der 24. Minute faßte Bambula einen Untergriff von hinten, wobei Roland so heftig auf die Matte aufschlug, daß er für einige Momente besinnungslos liegen blieb und von der Matte getragen werden mußte. Ein im Zirkus anwesender Arzt stellte einen Sehnenzerrung der linken Schulter fest, die Roland wohl einige Tage außer Gefecht setzen wird. Heute Freitag ringen: Gehrmann — von Berg; Weinert — Bambula; Mang — Juchem, Belgien. Außerdem findet eine Schönheitskonkurrenz statt.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 2. März: Wilhelm Barth vor Oberdielbach, Gutsverwalter in Bachzimmern, mit Alma Dörner von hier; Frdch. Geiß von Mannheim, Hausmeister hier, mit Mina Romacker von hier; Emil Dietz von hier, Koch hier, mit Emma Hallmayer von hier; August Lauber von Untergrombach, Rangierer hier, mit Anna Ott von Hundsheim; Josef Kupferer von hier, Polizeiwachtmeister hier, mit Bertha Benschneider von Bentzim; Frdch. Klee von Ostersheim, Bäcker hier, mit Anna Bickel von Diedelsheim.

Todesfälle. 28. Febr.: Luise Wolter, alt 59 Jahre, Ehefrau des Werkführers Aug. Walter; Kath. Westenfelder, alt 44 Jahre, Witwe des Kaufmanns Wilhelm Westenfelder. — 1. März: Adolf Bosch, Bahnarbeiter, Witwer, alt 83 Jahre; Ludwig Braun, Pfarrer, Ehemann, alt 60 Jahre; Friederike Tubach, alt 81 Jahre, Ehefrau des Zeichners a. D. Johann Tubach. — 2. März: Ernst, alt 7 Monate 2 Tage, Vater Aug. Munk, Fabrikarbeiter; Johanna Geiser, alt 37 Jahre, Ehefrau des Wagenaufsehers Jakob Geiser.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Freitag, den 3. März. 2 Uhr: Luise Wolter, Werkführers-Ehefrau, Gervinusstraße 8. — 3 Uhr: Friederike Tubach, Bauzeichners-Ehefrau, Gottesauerstraße 33 a. — 4 Uhr: Alfred Fridlin, Maschinist, Schloßbezirk 6. — ½5 Uhr: Adolf Bosch, Bahnarbeiter a. D., Durlacherstraße 73.

Tagesanzeiger

Freitag, 3. März.

Landestheater: Der Waffenschmied. 7—½10 Uhr.
Konzerthaus: Der Pfarrer von Kirchfeld. 7—10 Uhr.
Eintracht: Tanzabend Marna Glaan. 7½ Uhr.
Ausstellungsgebäude: Ausstellung „Der Mensch".
Zirkus Busch: Extravorstellung Ringkampfkonkurrenz. 12. Tag. 8 Uhr.
Rotes Haus: Kleinkunstbühne. 8 Uhr.
Colosseum: Varieté. 8 Uhr.
Apollo-Lichtspiele: Neues Programm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 2. März (abends).

Belgien	**2080**	**Schweiz**	**—**
Paris	**2200**	**London**	**1075**
Neuyork	**243**	**Italien**	**—**
Holland	**92 7/8**		

Tendenz: fest.

*

Deutschland und der Weltmarktpreis.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß wir uns mit Riesenschritten der Preislage des Weltmarktes nähern. Die Verhandlungen, die beim Reichskohlenkommissar wegen der Heraufsetzung der deutschen Kohlenpreise auf den Weltmarktpreis nach der deutschen Zusage in Cannes geführt werden, schreiten fort. Danach wird sich die Tonne deutscher Kohle, die bisher in Stettin, Hamburg und Bremen etwa 750 bis 850 *M* gekostet hat, auf 1150 *M* stellen. Dies ist auch der Preis der englischen Kohle in deutschen Häfen. Die eine Hälfte des Ueberpreises wird für die Reparationsforderungen der Entente verwendet werden, während die andere Hälfte der Abteufung neuer Schächte, besonders in dem uns verbliebenen Teile Oberschlesiens dienstbar gemacht werden soll. Die Preiserhöhung wird bereits für 1. März erwartet.

Die Folgen dieser Verteuerung des wichtigsten unserer Rohstoffe beginnen sich bereits auf zahlreichen Gebieten unseres Wirtschaftslebens bemerkbar zu machen und werden ein schnelles weiteres Anziehen aller festen Einkommen und Handelspreise zur Folge haben.

So klettern auch die überseeischen Passagepreise auf ungeahnte Höhen. Die hohen Unkosten, die unseren Schiffen beim Anlaufen valutastarken Länder entstehen, die beträchtliche Verteuerung des Bordbetriebs selbst als Folge unserer Markentwertung stellen unsere Großunternehmen vor die schwierigsten Probleme. Den wachsenden Unkosten in deutschen Schiffahrtsbetrieben steht die dauernde Herabsetzung der Betriebskosten auf fremdflaggigen Schiffen gegenüber, so daß wir uns auch hier schnell dem Weltmarktpreis nähern. Das ist ein neuer Schlag gegen unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die uns auch nach dem Diktatfrieden zu so schönen und unerwarteten Erfolgen im Auslande befähigte. Da wir alsdann in rein finanzieller Hinsicht nicht mehr konkurrieren können, werden wir gezwungen sein, das Verlorene durch erhöhte Zuverlässigkeit in Betrieb und Lieferung sowie durch die Güte des Gebotenen zu ersetzen und uns auf diese alte vor dem Kriege so bewährte Art wieder konkurrenzfähig zu machen.

Die Schiffahrtspreise haben zurzeit gegen 1914 folgende Erhöhungen erfahren:

Linie	Klasse	Preis in Mark 1914	Aug. 1921	Nov. 1921	Schiffahrtsgesellschaft bezw. Agentur
Hamburg—New York	I	350	18 548	57 911	Hamburg-Amerika-Linie und United American Lines
	II	2[illegible]0	1[illegible] 647	39 485	
	III	1[illegible]0	10 960	34 2[illegible]0	
	IV	160	10 117	26 902	
Hamburg—Buenos-Aires	I	650	[illegible]2 000	7[illegible] 950	Hamburg-Amerika-Linie
	II	480	18 000	4[illegible] 981	
	III	140	5 000	15 63[illegible]	
Hamburg—Kapstadt	I	750	[illegible]5 62[illegible]	64 718	Deutscher Afrika-Dienst
	II	500	11 700	48 981	
	III	250	6 250	26 054	
Bremen—Yokohama	I	1465	37 003	135 480	Nordd. Lloyd (Nippon Yusen Kaisha)
	II	990	25 286	102 131	

Da der deutsche Arbeiter also immer noch billiger arbeitet als der Ausländer (70 Centimes Stundenlohn stehen einem 10 Centimes Stundenlohn bei uns gegenüber), so läßt sich unschwer errechnen, welchen Weg wir noch bis zur Anpassung an die Weltmarktpreislage zu gehen haben werden. Ist diese aber erst erreicht, dann wird es sich zeigen, ob wir Deutsche den dadurch erhöhten Schwierigkeiten gewachsen sind, Schwierigkeiten, die sich aus der Frage des mehr oder weniger lohnenden Exports ergeben. Hoffen wir, daß der deutsche Geist und der gesunde Sinn unseres Volkes in allen Schichten die Bedeutung dieser Tatsache zu erkennen und zu werten verstehen. —r.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Eine Ausstellung mexikanischer Landeserzeugnisse in Berlin.

Eine „Dauer-Musterschau mexikanischer Landeserzeugnisse" wird am 15. April im Marinehaus in Berlin eröffnet werden. Mit ihr verbunden wird eine umfangreiche Bibliothek, ein Lesesaal und eine Auskunftei, die dem Besucher alle erwünschte Aufklärung über Mexiko gewähren und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen erleichtern sollen.

Mannheimer Produktenbörse.

k. **Mannheim**, 2. März.

In Verbindung mit der weiteren Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel verkehrte der Produktenmarkt in ausgesprochen fester Stimmung und die Preise erfuhren weitere Steigerungen. Für Weizen forderte man heute 1300 Mk. und für Roggen 1000 Mk. für die 100 kg., bahnfrei Mannheim. Auch Gerste war weiter im Preise erhöht; die Nachfrage nach Braugerste ist aber nicht besonders lebhaft, da die Verbraucher anscheinend mit den notwendigsten Warenmengen versehen sind. Dagegen macht sich eine größere Knappheit in Hafer bemerkbar, hier ist die Nachfrage recht gut und die Preisforderungen bewegten sich zwischen 920—930 Mk. und darüber für die 100 kg., bahnfrei Mannheim. Mais ist auch stark begehrt und im Preise anziehend, in Verbindung mit der Verschlechterung der deutschen Mark im Auslande; man verlangte für Mixedmais 915 Mk. für die 100 kg., bahnfrei Mannheim. Futtermittel lagen ebenfalls recht fest, Kleie nannte man mit 700 Mk. die 100 kg. Parität Mannheim. Auch Rapskuchen, Biertreber, Reisfuttermehl, Malzkeime usw. waren im Preise höher gehalten. Für Mehl haben die süddeutschen Mühlen die Forderung für Weizenmehl Basis Spezial 0 auf 1740 Mk. die 100 kg ab süddeutschen Mühlen erhöht. Die zweite Hand war unter den direkten Forderungen als Abgeberin am Markte. Hülsenfrüchte lagen fest bei guter Nachfrage.

Amtliche Notierungen. Mais, amerik. 900—915, Weizen, loco 1300—1320, Hafer 930, Roggen, loco 1000, Braugerste 1020—1040, Biertreber 690—715, Erbsen, inl. 1100—1200, Wiesenheu 460—470, Preßstroh und gebundenes Stroh 160—170, Reis mit Sack 1200—1600. Tendenz fest.

Börse Handel Industrie — Gewerbe

Mannheimer Effektenbörse.

(Eigener Drahtbericht.)

k. **Mannheim**, 2. März. Die Tendenz gestaltete sich auch heute wieder recht fest. Zu bemerkenswerten Umsätzen kam es in Bad. Anilin zu 800 %; ferner Benz 765 und 770, Dampfkessel Rodberg 870, Seilindustrie Wolff 795, Mannheimer Gummi 785, Wayß & Freitag 80, Zellstoff Waldhof 1070, Zucker Frankenthal 920, Waghäusel 940. Von Versicherungsaktien standen im Verkehr Bad. Assekuranz 2650, Mannheimer Vers. 2500 und Oberrh. 1450 (gefr.) das Stück.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 2. März Das Geschäft an der heutigen Börse zeigte bei erhöhten Kursen im allgemeinen ein festes Aussehen. Die Aufträge aus der Privatkundschaft der Banken waren im verhältnismäßig kleineren Umfange eingegangen. In Nachfrage kamen die Werte der Rhein-Elbe-Union. Elektrizitätsaktien und Schiffahrtspapiere hatten ferner regen Verkehr. Im übrigen fanden wieder die bekannten Spezialpapiere lebhafte Beachtung. Im freien Verkehr zeigte sich lebhaftes Interesse für Chemische Rhenania, wo die Gerüchte von einer Kapitalserhöhung anregend wirkten, 1220. Mannsfelder Kuxe 32.000, Deutsche Petroleum 2150, Sloman Salpeter 650, Benz Motoren auf die Abstoßung der Abteilung Stationsmotorenbau fest 765—770. Man nannte ferner noch Hansa Lloyd 415, Brown Boveri 520, Gebrüder Fahr 730, Olea 595, Julius Sichel 715, Chemische Brockhues 1530. Am Montanaktienmarkt interessierten vor allem Phönix, die 100 % höher einsetzten. Harpener, Gelsenkirchen, Mannesmann und Rheinstahl fest, Riebeck Montan 1850 plus 50 %. Die Kursveränderungen in chemischen Werten waren nach oben und nach unten nicht allzu erheblich. Beachtung fanden A.E.G., Siemens & Halske, Licht und Kraft.

Von unnotierten Spezialwerten gingen Maschinenfabrik Eßlingen 1100 plus 65 % bei erster Notiz hervor. Höher stellten sich Hirsch Kupfer, Hettenheimer Kupfer. Spekulative Käufe wurden in Spiegel und Spiegelglas vorgenommen. Auch Eisenwerk Kaiserslautern und Siemens Glas höher.

Obwohl die Devisen noch ein festeres Aussehen zeigten (der Dollar wurde 234—240 genannt), blieben Valutapapiere ruhiger. Mexikaner fester. Ungarische Anleihe fest. 3 %ige Reichsanleihe erheblich höher. In der zweiten Börsenstunde hielt die feste Stimmung an. Zuckerfabrik- und Autowerte anziehend. Die Börse schloß fest. Privatdiskont 4½ %.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 2. März. Der Verlauf der Börse entsprach nicht den Erwartungen, die mit Rücksicht auf das starke Anziehen der Devisenkurse vielfach gehegt wurden. Die Käufe des Privatpublikums und der Spekulation setzten zwar auf allen Umsatzgebieten ihre Steigerung fort, daneben wurden aber auch Gewinnsicherungen der vorsichtig operierenden Spekulation vorgenommen, so daß die Kursbewegung ein recht uneinheitliches Bild gewährte. Das Geschäft war nicht besonders lebhaft. Die Ursache für diese Erscheinung sah man in einer gewissen Geschäftsunlust infolge von Besorgnissen, zu denen die innen- und außenpolitische Lage Veranlassung gab. Die Veränderungen blieben zumeist in mäßigen Grenzen. Erheblich stiegen Braunkohlenwerte, wie Ilse, Riebeck Montan und Rheinische Braunkohlenaktien. Eine entschiedene Abschwächung erfuhren oberschlesische Werte, besonders Laurahütte, die 175 % einbüßten. Oberschlesische Eisenbahn holten ihren anfänglichen Verlust von 175 % wieder ein. Elektrowerte zeigten gute Haltung bei 10—20 % gebesserten Kursen, nur Felten & Guilleaume gaben um etwa 40 % nach. Von Kaliwerten wurden Westeregeln um 125 höher bewertet. Metallwerte waren begehrt. Der Bankaktien- und Schiffahrtsmarkt war fest.

Valutapapiere wurden entsprechend der höheren Devisenpreise höher bezahlt. Am Anlagemarkt konnte sich der Kursstand erholen.

Banken.

t. **Hilfsaktion für die Kleinaktionäre der Pfalz-Bank.** Von Verwaltungsmitgliedern der Bank sind für diesen Zweck bereits eine größere Summe gezeichnet worden. Die Sammlung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Industrien.

Stahlwerk Mannheim A.-G., Mannheim-Rheinau. Der Abschluß weist einen Reingewinn von 1 191 554 Mk. (im Vorjahr 2 733 526 Mk.) auf. In der Aufsichtsratssitzung wurde vorgeschlagen 30 % Dividende zuverteilen, 300 000 Mk. (1 708 000 Mark), für das Werkerhaltungskonto und 25 557 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Die Generalversammlung findet am 31. ds. Mts. statt.

Benz & Cie., Mannheim. Die Abteilung der Benzwerke stationärer Motorenbau in der Neckarvorstadt wird von der Fabrik abgestoßen und von einer neuen Gesellschaft unter der Firma Deutsche Motorenwerke weitergeführt. Es wird beabsichtigt, diese Abteilung in der Neckarvorstadt nicht mehr fortzuführen, sondern größere Anlagen auf der Friesenheimer Insel hinzuzufügen. Die Beamten und Arbeiter werden von der neuen Gesellschaft übernommen und wie bisher beschäftigt. Der Auftragsbestand wird für längere Zeit als gut bezeichnet, wenngleich die katastrophale Erhöhung der Löhne und der Materialpreise das Geschäft außerordentlich erschweren.

Warenhaus Hermann Wronker, Mannheim. Die Firma Hermann Wronker in Mannheim und Frankfurt wird zu einer Aktiengesellschaft umgewandelt unter der Firma Hermann Wronker A.-G. Zweigniederlassung Mannheim. Der Sitz der Gesellschaft ist in Frankfurt. Das Kapital beträgt 12 Millionen Mark.

Pfälzische Interessengemeinschaft der Firma Heinrich Lanz. Die Mannheimer Firma hat mit der Internationalen Maschinen- und Tiefbohrgerätefabrik A.-G. Landau einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen, wodurch Diplomingenieur Röchling, Inhaber der Firma Heinrich Lanz, in den Aufsichtsrat des Landauer Unternehmens eintritt.

Märkte.

Wochenmarktpreise der wichtigsten Lebensmittel

(nach Mitteilung des Städt. Statistischen Amts in Karlsruhe am 2. März.

Ochsenfleisch mit Knochen p. Pfd. 20—24 Mk., Rindfleisch mit Knochen 18—22 Mk., Kalbfleisch mit Knochen 22—24.60 Mk., Kuhfleisch mit Knochen 17—20 Mk., Hammelfleisch mit Knochen 16 bis 24 Mk., Schweinefleisch mit Knochen 25—28.60 Mark, Hasen-Ragout — Mk., Hasenschlegel — Mk., Reh-Ragout — Mk., Rehschlegel 18 Mk., je per Pfund, Hühner, (Hahn) p. Stück 40—60 Mk., (Henne) p. Stück 25—60 Mk., Gänse, lebend, p. St. 140—150 Mk., Gänse, tot, p. Pfd. 15—25 Mk., Kabeljau p. Pfd. 10 Mk., Schellfische p. Pfd. 10 bis 13 Mk., Stockfische — Mk., Kartoffeln — Mk., Rosenkohl p. Pfd. 5.50 Mk., Wirsing p. Pfd. 2.50—3 Mark, Spinat p. Pfd. 2.50—3 Mk., Rüben, gelbe p. Pfd. 1.50—1.90 Mk., Schwarzwurzel p. Pfd. 5 Mk., Feldsalat p. Pfd. 4—5 Mk., Sellerie p. Pfd. 2—3 Mk., Meerettich p. Pfd. 11—12 Mk., Rettich St. 20 bis 50 Pfg., Zwiebeln p. Pfd. 2—3 Mk., Tafeläpfel p. Pfd. 4—5.50 Mk. Kochäpfel 4 Mk., Nüsse p. Pfd. 13 Mk., Haselnüsse p. Pfd. 22—24 Mk., Orangen p. St. 1—5 Mk., Zitronen p. St. 50—180 Pfg., Eier, frische p. St. 4—4.30 Mk., Tafelbutter p. Pfd. 44 bis 50 Mk., Schweizerkäse p. Pfd. 40—44 Mk., Rahmkäse p. Pfd. 20 Mk., Limburgerkäse p. Pfd. 24—28 Mk.

Messen.

Wiener Frühjahrsmesse. Die österreichische Regierung wird, soweit überhaupt noch Einfuhrverbote bestehen, weitgehende Erleichterung bei Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen für die auf der Wiener Messe bestellten Waren gewähren.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

Justizministerium.

Ernannt:

Aufseher Hermann Maisch beim Amtsgefängnis Pforzheim zum Kanzlisten beim Amtsgericht daselbst; die Schreibgehilfin Marie Nippmann beim Notariat Heidelberg zur Kanzlistin; die Hilfsaufseher Hubert Baum und Wendelin Lampert beim Zuchthaus Bruchsal, Martin Scherzinger und Xaver Stolz beim Landesgefängnis Freiburg, Ernst Heller und Heinrich Rübenacker beim Landesgefängnis Mannheim, Johann Vogt bei der Kolonie Ankenbuk sowie Vinzenz Soder beim Amtsgefängnis Karlsruhe zu Aufsehern.

Versetzt:

die Justizobersekretäre Georg Wentz beim Notariat Schwetzingen zum Amtsgericht daselbst und Jakob Ruffler beim Amtsgericht Schwetzingen zum Notariat daselbst.

Arbeitsministerium.

Entlassen (auf Ansuchen):

Regierungsrat Hans Prull beim Arbeitsministerium auf 1. März d. J.

Ministerium der Finanzen.

Planmäßig angestellt:

als Bauobersekretär der Baumeister Wilhelm Schweitzer in Mannheim.

Wertpapier- und Devisenmarkt

Frankfurter Kursnotierungen:

	1. Mrz	2. Mrz
Badische Bank	511.—	515.—
Darmstädter Bank	334.—	335.—
Deutsche Bank	574.—	580.—
Diskonto Commandit	480.—	482.—
Dresdener Bank	375.—	387.—
Mitteld. Creditbank	316.—	316.—
Oesterr. Länderbank	190.—	—.—
Pfälzische Bank	56.90	55.—
Rheinische Creditbank	261.—	265.—
Südd. Diskonto-Ges.	390.—	390.—
Wiener Bankverein	68.50	62.—
Württbg. Notenbank	510.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	1330	1370
Gelsenkirchen	1299	1300
Harpener	1850	1850
Laurahütte	2305	2370
Aschaff. Zellstoff	1045	1080
Grün & Bilfinger	798.—	800.—
Zementw. Heidelberg	910.—	921.—
Bad. Anilin	800.—	750.—
Scheideanstalt	1310	1310
Höchster Farben	780.—	780.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	600.—	606.—
Gebr. Junghans	697.—	693.—
Adler & Oppenheimer	1870	1900
B. Masch. Badenia	725.—	730.—
Maschfabr. Durlach	969.—	979.50
Maschfabr. Gritzner	1800	1798
Haid & Neu	835.—	851.—
Maschfabr. Karlsruhe	1110	1130
Oberursel	789.—	810.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	624.—	602.—
Elsässer Baumwolle	1160	1200
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang	950.—	950.—
Waggon-Fabrik Fuchs	850	855.—
Zellstoff Waldhof	1030	1070
Zuckerfabr. Waghäusel	810.20	940.—
Zuckerfabr. Frankenth	900.—	930.—
Benz Motoren	755.—	785.70
Mannh. Versich.-Ges	—.—	—.—
Rütgers-Werke	1050	1080

Berliner Kursnotierungen:

Festverzinsl. Werte	1. Mrz	2. Mz.
5% I Dtsch. Schatzanw	—.—	—.—
5% II „ „	99.90	100.—
5% III „ „	100.—	100.—
4½ IV—V „	86.25	86.25
4½ VI—IX „	72.—	70.—
4½ 1924er „	96.25	96.40
5% Deutsch. Reichsanl	77.50	72.50
4% „ „	90.50	90.—
3½% „ „	82.50	82.25
3% „ „	116.—	116.—
Deutsche Prämienanl	80.25	80.50
5% Pr. Schatzanw. 1921	—.—	—.—
4% Pr. „ 1921	100.—	99.90
4% Preußische Konsol	75.—	75.—
3½% „ „	62.75	62.75
3% „ „	60.80	61.—
4% Bad. Staatsanl. 08/14	77.50	—.—
Eisenbahn-Aktien		
Schantungbahn	604.75	605.—
Gr. Berl. Straßenbahn	—.—	—.—
Baltimore	—.—	—.—
Prinz-Heinrich-Bahn	—.—	—.—
Orientbahn	—.—	—.—
Schiffahrts-Aktien		
Argo Schiffahrt	—.—	—.—
Deutsch-Australien	650.—	660.—
Hamburger Paketfahrt	545.—	560.—
Hambg.-Südamerika	690.—	700.—
Hansa D.-Schiffahrt	480.—	500.—
Norddeutscher Lloyd	400.—	418.—
Bank-Aktien		
Berliner Handelsges	560.—	572.—
Darmstädter Bank	338	340.50
Deutsche Bank	575.—	580.—
Diskonto-Commandit	482.—	485.50
Dresdener Bank	378.25	378.—
Nationalbank	349.—	349.75
Oesterr. Credit	87.—	91.
Reichsbank	230.50	210.—

Industrie-Papiere	1. Mrz.	2. Mrz.
Accumulatoren	1360	1355
Adlerwerke	640.—	645.—
Alexanderwerke	615.—	619.—
A. E. G.	935.—	918.—
Aluminium	—.—	—.—
Anglo Continental	2025	1911
Augsburg-Nürnberg	1199	1210
Badische Anilin	800.—	805.—
Bergmann Elektrizität	895.—	901.—
Berl. Anh. Maschinen	800.—	970.—
Berliner Maschinen	1199	1215
Bing Nürnberg	715.—	707.—
Bismarckhütte	—.—	—.—
Bochumer Guß	1340	1380
Gebrüder Böhler	—.—	1250
Brown-Boveri	—.—	—.—
Buderus Eisen	1085	1140
Chem. Grießheim	1000	1010
Chem. Albert	1700	1665
Daimler Motoren	625.—	695.—
Dessauer Gas	650	702.—
Deutsch-Luxemburg	1277	1265
D. Eisenbahn S. W	740.—	760.—
Deutsch. Erdöl	2025	2100
Deutsches Kali	1480	1475
Deutsche Waffen	1634	1845
Deutsch. Eisenh.	1014	1019
Dynamit Trust	943.—	965.—
Elberfelder Farben	800.—	799.—
Eschweil. Bergwerke	929.25	975.50
Feldmühle Papier	1005	985.—
Felten & Guilleaume	1230	1200
Filter Brautechnik	2500	2440
Gaggenau	1130	1090
Gasmotoren Deutz	875.—	861.—
Gelsenkirchen	1300	1295.5
Genschow	860	850
Goldschmidt	1410	1399
Gritzner Maschinen	1785	1725
Hannover Maschinen	2900	2900
Hannover Waggon	979.—	990
Harpener	1865	1838
Hasper Eisen	—.—	—.—
Hirsch Kupfer	859.—	853.—
Höchster Farben	779.—	785.—
Hösch Eisen	1450	1451

	1. Mrz.	2. Mrz.
Hohenlohe	1340	1310
Kali Aschersleben	1330	1345
Maschfabr. Karlsruhe	1150	1175
Ver. Köln.-Rottweil	1141	1169
Kostheimer Cellulose	665.—	650.—
Kyffhäuser	680.—	670.—
Lahmeyer Co.	608.—	601.—
Laurahütte	2295	2060
Lindes Eismaschinen	750.—	785.—
Ludwig Löwe	1212	1205
Lothringer Zement	910.—	910.—
Mannesmann	1740	1770
Oberschl. Eisenb.-Bed	1259	1239
Oberschl. Eisenindustr	1105	1090
Oberschl. Kokswerke	2050	2030
Orenstein & Koppel	1230	1240
Phönix Bergwerke	1310	1350
Rheinisch Metall	685.—	684.—
Rheinisch Stahl	1580	1600
Rombacher Hütte	915.—	915.—
Rütgerswerke	1040	1100
Sachsenwerke	689.—	695.—
Schuckert & Co.	866.—	850.—
Siemens & Halske	1120	1110
Sinner Brauerei	925.—	940.—
Steaua Romana	—.—	—.—
Stettiner Vulkan	1740	1665
Stollberger Zink	1380	1408
Türkischer Tabak	—	3625
Varziner Papier	1040	1050
Vereinigt. D. Nikel	1725	1695
Vereinigt. Glanzstoff	3750	3300
Vereinigt. Stahl Zypen	4460	4400
Wanderer Fahrrad	2000	2050
Westeregeln Alkali	2300	2350
Zellstoff Waldhof	1030	1085
Otavi Minen	900.—	930.—
Otavi Genuß	818.—	905.—
Deutsche Petroleum	2075	2075
Pomona	8800	8700
Kollmar & Jourdan	—.—	—.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 2 März

	1. März Geld	1. März Brief	2. März Geld	2. März Brief
Antwerpen-Brüssel	1993.—	1997.—	2062.90	2065.10
Holland	8771.20	8788.80	9115.80	9124.20
London	1013.90	1016.10	1057.90	1060.10
Paris	2102.80	2107.20	2190.30	2194.70
Schweiz	4495.50	4504.50	4707.70	4717.30
Spanien	3695.30	3703.70	3846.10	3853.90
Italien	1221.20	1223.80	1283.70	1286.30
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	4857.60	4867.40	5044.90	5055.10
Norwegen	3956.—	3974.—	4170.80	4179.20
Schweden	6093.90	6106.10	6343.60	6356.40
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	229.50	230.—	239.25	239.75
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	4.24	4.26	4.36½	4.38½
Budapest	33.41	33.49	34.83½	34.91½
Prag	394.60	395.40	402.60	403.40

w. Berlin, 2 März

	1. März Geld	1. März Brief	2. März Geld	2. März Brief
Rotterd. Amsterd	8741.25	8743.75	9190.80	9209.20
Brüssel	1993.—	1997.—	2073.90	2078.10
Christiania	3996.—	4004.—	4225.75	4234.25
Kopenhagen	4870.10	4879.96	5101.85	5120.15
Stockholm	6108.85	6121.50	6353.60	6366.40
Helsingfors	466.50	467.50	486.50	487.50
Italien	1218.75	1221.25	1278.70	1281.30
London	1021.45	1023.55	1060.40	1062.60
Newyork	229.77	230.23	239.51	239.99
Paris	2112.85	2117.15	2187.80	2192.20
Schweiz	4495.50	4504.50	4695.30	4704.70
Spanien	3666.30	3673.70	3836.15	3843.85
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—
Deutsch-Oesterr.	4.38	4.42	4.43	4.47
Prag	390.60	391.60	408.05	408.95
Budapest	32.96	33.04	33.96	34.04
Lissabon	—.—	—.—	158.80	159.20
Bulgarien	156.80	157.20	—.—	—.—
Buenos-Aires	85.40	85.60	88.65	88.85

Abenddevisen

Frankfurt, 2. März.

Brüssel	2080	Paris	2200
Holland	92 7/8	Italien	—
London	1075	Neuyork	243
Schweiz	—		

Tendenz: fest.

w. Zürich, 2 März.

	1. Mrz	2. Mrz.
Holland	196.—	195.25
Deutschland	2.27	2.19
Wien	0.10	0.10
Prag	8.95	8.65
Paris	47.10	46.75
London	22.67	22.63
Italien	27.40	27.35
Brüssel	44.40	44.30
Budapest	0.74	0.73
Newyork	510.50	511.—
Agram	1.55	1.55
Warschau	0.13	0.13
Kopenhagen	107.75	108.—
Stockholm	136.—	135.50
Christiania	88.50	90.—
Madrid	81.75	81.60
Buenos-Aires	190.—	190.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe

	(a) vorbörsl	(b) nachbörsl.
Holland	8800 — 9200	9200 — 9350
Schweiz	4500 — 4700	4700 — 4800
Paris	2100 — 2200	2175 — 2225
Belgien	2000 — 2100	2075 — 2150
London	1020 — 1050	1050 — 1080
Newyork	230 — 240	240 — 245
Italien	1230 — 1280	1270 — 1300
	Tendenz sehr fest.	Tendenz fest.